



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

SOZIALE PROTESTE UND OPPOSITION

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| 2017 – ein Jahr der Proteste in Belarus | | 2 |
| Aliaksandr Herasimenka | | |
| (Universität Westminster in London) | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Das alternative Belarus und das marginalisierte Andere: | | |
| Zu Ausgrenzungstendenzen im nationalkonservativen Lager der belarussischen Opposition | | 8 |
| Filip Busau | | |
| (Freie Universität Berlin) | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Belarussische Gesellschaft: Gefühl der (Un-)Zufriedenheit und Aktionsbereitschaft | | 13 |
| Internet und Soziale Medien in Belarus | | 18 |
| ■ CHRONIK | | |
| 25. September – 5. November 2017 | | 28 |

2017 – ein Jahr der Proteste in Belarus

Aliaksandr Herasimenka (Universität Westminster in London)

Zusammenfassung

Die regierungskritischen Proteste 2017 in Belarus waren so flächendeckend und erfolgreich wie kaum eine andere Aktion seit der Unabhängigkeit des Landes. In nicht weniger als 17 Städten strömten die Menschen auf die Straße. Einige dieser Städte hatten eine solche Mobilisierung seit mindestens 20 Jahren nicht mehr gesehen. Im zu Ende gehenden Jahr haben zwei Kampagnen eine beträchtliche Teilnehmerzahl mobilisiert und für großes Aufsehen in der Gesellschaft gesorgt: Zum einen waren das die Proteste gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer« und zum anderen die Bewegung zum Schutz der Gedenkstätte in Kurapaty. In diesem Beitrag soll aufgezeigt werden, warum und auf welche Weise diese beiden Protestwellen für Belarus ungewöhnlich waren, und welche Implikationen sie für Regierung und Gesellschaft haben.

Zeitschiene der Proteste

Die Kampagne gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer«

Die markantesten Proteste des Jahres 2017 entwickelten sich im Zusammenhang mit der Kampagne, die die Abschaffung einer neuen Steuer forderte, die in Belarus gemeinhin als »Gesetz gegen Sozialschmarotzer« bezeichnet wird. Die Steuer betraf belarussische Bürger, die in den vergangenen sechs Monaten nicht gearbeitet und keine Einkommensteuer entrichtet hatten. Sie sollte sich auf umgerechnet rund 214 Euro pro Jahr belaufen. Dem stand Anfang 2017 ein durchschnittliches Einkommen von umgerechnet rund 350 Euro monatlich gegenüber. Den belarussischen Steuerbehörden zufolge hätten rund 470.000 der 9,5 Millionen Einwohner von Belarus diese Steuer zu zahlen gehabt, wobei dies allerdings nur 50.000 fristgerecht auch getan hätten.

Diese Zahlungsverweigerung spiegelt die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft wider. Viele betrachteten diese Steuer als unfair oder unmöglich zu leisten. Bei Nichtzahlung drohen Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit oder Arrest.

Mehrere politische Organisationen sowie Menschenrechts- und Arbeitsrechtsgruppen starteten dann Kampagnen gegen die Steuer. Anfänglich konzentrierten sie sich auf Unterschriftensammlungen für Petitionen an die Regierung. Anwälte und Menschenrechtsverteidiger stellten denjenigen juristische Hilfe zur Verfügung, die mit dieser Steuer belegt worden waren. Die Belarussische Gewerkschaft der Beschäftigten in der Radioelektronikindustrie (REP), die Bewegung »Für die Freiheit« und die »Vereinigte Bürgerpartei« wie auch regionale Aktivisten unterschiedlicher Orientierung spielten im Januar 2017, in der Anfangsphase dieser Bewegung, eine elementar wichtige Rolle. Diese Organisationen hatten die Stimmung in der Gesellschaft, die in lawinenartigen Online-Diskussionen und Videos und den in sozialen

Netzwerken kursierenden Videos über die Steuer und ihre Alltagserfahrungen und tatsächlichen Probleme ihren Ausdruck fand, richtig erfasst: Die Menschen waren bereit zu protestieren.

Die ersten massenhaften Aktionen fanden gegen Ablauf der Zahlungsfrist statt. In einigen Städten hatte eine Mitte-Rechts-Koalition politischer Organisationen (darunter die »Vereinigte Bürgerpartei« und die Bewegung »Für die Freiheit«) auf regionaler Ebene zu den ersten Aktionen aufgerufen. Separat hatte der »Belarussische Nationalkongress« von Mikalaj Statkewitsch (letzterer war 2010 einer der Präsidentschaftskandidaten gewesen, die noch am Wahlabend verhaftet wurden) zu einer Demonstration in der Hauptstadt Minsk aufgerufen. Hier kam es am 17. Februar 2017 zu den ersten Protesten mit 2.500 Teilnehmern.

Unerwartet schnell kam es zu weiteren Protesten gegen die Steuer. Nur zwei Tage nach den Ereignissen in Minsk folgten Versammlungen in den regionalen Hauptstädten Brest, Homel, Mahiljou, Hrodna und Wizebsk, zu denen nach Angaben von »TUT.by« insgesamt 2.800 Menschen zusammenkamen. Nach drei Wochen und weiteren fünf friedlichen und von der Polizei nicht gestörten Aktionen kündigte Präsident Lukaschenka überraschend dezente Änderungen am Steuergesetz an.

Die Frist zur Zahlung der Steuer wurde um ein Jahr verlängert. Diese Zugeständnisse änderten jedoch nichts an der Stimmung der Leute. Viele Protestierende begannen nun, nicht nur eine Abschaffung der Steuer für »Sozialschmarotzer«, sondern auch eine Überwindung der allgemeinen sozio-ökonomischen Krise zu fordern, die zu sinkenden Lebensstandards, gestiegenen Arbeitslosenquoten und unpopulären Reformen des staatlichen Rentensystems geführt hatte. Viele der Protestierenden forderten darüber hinaus die Wiederherstellung von seit Langem verweigerten bürgerlichen und politischen Freiheiten sowie den Rücktritt Lukaschenkas. In den folgenden Tagen dehnten sich die Proteste auf vier

weitere Städte aus, nämlich Maladsjetschna, Pinsk, Worscha und Rahatschou.

Die letzte große öffentliche Aktion der Protestbewegung gegen die Steuer war der Marsch über den Hauptboulevard von Minsk, der am 25. März 2017, dem »Tag der Freiheit« stattfand. Während des Marsches gingen »Sicherheitskräfte gewaltsam gegen die Demonstranten [vor] und [schlugen] Frauen, Minderjährige und Senioren [...] [es wurden] in Minsk mindestens 700 Personen inhaftiert«, wie eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. April 2017 zur Lage in Belarus konstatierte.

Die Bewegung zur Verteidigung von Kurapaty

Parallel zu den Protesten gegen die »Sozialschmarotzersteuer« entstand in den Ausläufern der belarussischen Hauptstadt eine weitere hartnäckige Protestbewegung. Ausgelöst wurde sie durch umstrittene Baupläne für ein Geschäftszentrum in dem Minsker Stadtteil, der an die Gedenkstätte Kurapaty grenzt. Das Gebiet war als historische Stätte geschützt gewesen, hatte diesen Status aber 2014 verloren. In den folgenden Jahren entstand eine Reihe von Bauprojekten in diesem Gebiet, unter anderem Pläne für ein Geschäftszentrum, die von Ihar Anischtschanka, einem der erfolgreichsten Immobilienunternehmer des Landes vorangetrieben wurde. Es war Anischtschankas Geschäftszentrum, das die Wut der Teilnehmer der Kampagne in Kurapaty ausgelöst hatte.

Die Gedenkstätte Kurapaty ist ein bewegendes Symbol für die Geschichte des sowjetischen Regimes. Hier wurden die Leichen Tausender Opfer der Stalinschen Massensäuberungen entdeckt. Da bisher eine umfassende Untersuchung aussteht, schwanken die Zahlen der Opfer zwischen 100.000 und 250.000.

Die Gedenkstätte erinnert symbolhaft an die Repressionen der 1930er Jahre durch das sowjetische Regime in Belarus. Die »Entdeckung« der Exekutionsstätte hatte die antikommunistische, auf eine Unabhängigkeit gerichteten Bewegung der 1980er Jahre zusätzlich verstärkt. Die Gedenkstätte spielt immer noch eine wichtige Rolle in der belarussischen Politik. Allerdings unternimmt die Regierung nicht viel zur Pflege der Gedenkstätte und scheut eine Diskussion der Stalinschen Repressionen. Sie fördert dadurch indirekt ein sowjetisches Geschichtsnarrativ.

Dissidenten und politische Aktivisten, die oft rechtsgerichteten, auf Unabhängigkeit ausgerichteten Organisationen entstammen, unterstreichen unentwegt die Bedeutung der Gedenkstätte. Diese Aktivisten wurden zur treibenden Kraft hinter der Protestbewegung, die sich am 20. Februar 2017 an der Baustelle entfaltete. An jenem Tag veranstaltete eine Gruppe Aktivisten zeitliche Sit-ins, um die Bauträger mit Verbindungen zum Regime an den Bauarbeiten zu hindern.

Dutzende Protestierender argumentierten, dass das Projekt in einem Schutzgebiet in der Nähe einer Gedenkstätte betrieben werde, und dass das Projekt das Gedenken an die Opfer des Sowjetstaates entweihe. Die Aktivisten hielten den Bau für etliche Wochen auf, indem sie sich an das Baugerät ketteten, ein Zeltlager und hölzerne Kreuze errichteten und Kunstveranstaltungen organisierten. Über soziale Medien wurden die Aktionen per Livestream übertragen.

Andere Proteste

Eine Reihe politischer Versammlungen 2017 hatten weder mit Kurapaty, noch mit der Einführung der Steuer zu tun. Einige wendeten sich gegen das gemeinsame belarussisch-russische Militärmanöver »Westen 2017« im September des Jahres. Andere, etwa der »Marsch der wütenden Belarussen Nr. 2«, thematisierten die Lebensstandards und die Misshandlung von Rekruten durch Dienstälerer (auf Russisch als »Dedowschtschina« bekannt) in den belarussischen Streitkräften. Andere Veranstaltungen gehören zu den regelmäßigen Versammlungen der politischen Opposition, die alljährlich anlässlich wichtiger Ereignissen wie der Katastrophe in Tschernobyl stattfinden. Allerdings sind 2017 im Vergleich zu den Vorjahren zu keiner dieser Versammlungen wesentlich mehr Teilnehmer gekommen.

Was war das Besondere dieser Proteste?

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2017 fanden in belarussischen Städten nicht weniger als 13 regierungskritische politische Aktionen statt, zu denen jeweils über 500 Personen kamen, was nach belarussischen Maßstäben beträchtlich ist. Dem stehen nur zwei Aktionen im Jahr 2015 (dem letzten Jahr, zu dem Daten des Forschungsinstituts »Palitytschna Sfera« – dt.: »Politische Sphäre« – verfügbar sind: <<http://palityka.org/en/2016/03/pratesty-i-vybaryvyniki-manitorynhu-pratestnaj-aktyunasci-u-bjelarusiza-2015-h/>>) und vier im Jahr 2014 gegenüber.

Gewöhnlich wird die geringe Anzahl regierungskritischer Aktionen mit der schmerzlichen Erfahrung erklärt, die es mit politischen Straßenprotesten in Belarus gibt. Viele haben noch die Protestbewegungen nach den Wahlen 2006 und 2010 in Erinnerung: Das autoritäre Regime des langjährigen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka war seinerzeit gegen »gewöhnliche« wie prominente Aktivisten besonders hart vorgegangen. Dass Protestierenden auch nur irgendwelche Zugeständnisse gemacht würden, war nie in Frage gekommen. Viele wanderten ins Gefängnis, während andere ihren Studien- oder Arbeitsplatz verloren.

2017 waren die Proteste gegen die »Schmarotzersteuer« und die Bewegung zur Verteidigung von Kurapaty nicht nur wegen ihrer Ausmaße bemerkenswert. Ihre demographische Zusammensetzung, der Einsatz

bestimmter Medien und die Rolle der Führungspersonen wiesen höchst spezifische Merkmale auf, die sich von dem unterschieden, was früher in Belarus zu beobachten war.

Zwei Ansichten zur Organisation der Proteste

Belarus verfügt über eine lange Protesttradition. Allerdings haben sich diese Aktionen nur selten zu einer wochenlangen Protestbewegung entwickelt, die dem Regime irgendwelche Zugeständnisse abringen würde. Dieses Mal ergab sich ein anderes Bild. Und das könnte etwas damit zu tun haben, wie die Proteste organisiert und wie Informationen über sie verbreitet wurden.

Während das Sit-in-Lager von Kurapaty anerkannte Organisatoren und Führungspersonlichkeiten hatte, war die Frage der Führerschaft bei den Demonstrationen gegen die »Schmarotzersteuer« komplizierter. Ähnlich wie viele soziale und politische Bewegungen, die es in autoritär regierten Staaten in jüngster Zeit gegeben hat, wurde die Kampagne gegen die Steuer von vielen Kommentatoren als »führerlos« bezeichnet. Hierzu bestehen grob gesagt zwei Ansichten.

Die Anführer der Oppositionsparteien und einige Experten aus der Zivilgesellschaft meinen, dass diese Kampagne sich auf bestehende Organisationsstrukturen unterschiedlicher politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen gestützt habe. Dieser Ansicht ist zum Beispiel der Programmkoordinator des »Kongresses demokratischer NGOs von Belarus«, Juras Tschawusau. Im Gespräch mit dem Verfasser meinte dieser, dass die Organisationsstrukturen der Mitte-Rechts-Koalition ein Interesse daran hätten, einen Mythos von führerlosen und spontanen Protesten zu nähren. Diese Strukturen hätten ihre beträchtliche Rolle hier deshalb unbezweifelt gelassen, um möglichen Druck und Repressionen durch die Regierung zu vermeiden.

Aktivisten ohne politischen Parteibindung, die an den Protesten vor Ort teilgenommen hatten, sind gegenwärtiger Ansicht, wie die Feldrecherchen des Verfassers ergaben. Diese Aktivisten meinten, die Proteste hätten keine Anführer oder Organisationsstrukturen gehabt und wären so spontan gewesen, wie man es sich nur vorstellen könne. So berichtete Maxim Filipowitsch, zur Zeit der Proteste der populärste politische Blogger in Belarus, der bei mindestens sechs Demonstrationen, darunter einer in Kurapaty dabei war, dass viele Leute sich den Protesten angeschlossen hätten, sobald sie die wütende Menge auf der Straße gesehen hatten. Viele hätten Informationen über die Demonstrationen durch Berichte in Nachrichtemedien und aus sozialen Netzwerken erhalten. Und viele hätten bislang noch keinerlei Protesterfahrungen in Belarus gehabt.

Demographie der Proteste

Ein großer Teil der Protestierenden repräsentierten soziale Gruppen, die typischerweise das herrschende Regime unterstützen und in eher kleineren und ärmeren Städten leben. So erfolgte die nach Minsk größte Kundgebung in Wizebsk, dem Zentrum einer Region, in der 2017 im Vergleich zu den anderen Regionen das niedrigste Durchschnittseinkommen verzeichnet wurde. Wie in vielen anderen kleineren und sogar noch ärmeren Städten, in denen ebenfalls es zu Protesten gegen die Steuer gekommen war, hatte sich in Wizebsk seit Jahrzehnten nicht mehr eine solche Menschenmenge versammelt. In kleineren Städten ist die Arbeitslosigkeit gewöhnlich höher als in den Großstädten.

»In Babrujsk und Pinsk waren 40% [derjenigen, die sich den Protesten anschlossen,] in sehr hohem Alter. Es war eine enorme Anzahl Rentner gekommen«, sagt der Blogger Filipowitsch im Gespräch gegenüber dem Verfasser. Unter Rentnern gibt es traditionell einen starken Rückhalt für Lukaschenka. Dieses Mal allerdings schloss sich die ältere Generation der Protestbewegung an. Das geschah zum Teil, weil sie mit dem sinkenden Lebensstandard unzufrieden waren, und auch, weil sie ihre Solidarität mit den jüngeren Mitgliedern ihrer Familien zeigen wollten, die nun die Steuer zahlen sollten.

Die umstrittene Steuer berührte also unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Die Pflicht zur Zahlung dieser fiel mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes zusammen, die sich über die vergangenen drei Jahre entwickelt hatten. Das Unvermögen des Staates, den Lebensstandard aufrecht zu erhalten, ließ allmählich viele Menschen wütend werden, auch solche, die zuvor dem Regime loyal gegenüberstanden, nämlich Rentner oder Bewohner kleinerer Städte.

Die langfristige Unzufriedenheit mit den niedrigen wirtschaftlichen Standards, kombiniert mit der Empörung über die neu eingeführte Steuer für »Sozialschmarotzer«, brachte dann viele dazu, sich den Demonstrationen anzuschließen. Die oben genannten Emotionen führten dazu, dass die Leute ihre Angst überwandern, sich zusammenschlossen und in ihrer Hauptstadt sowie später in anderen Städten den Raum physisch besetzten. Da sie auf keinen Widerstand seitens der Sicherheitskräfte stießen, wuchsen die Protesten schnell zu einer beträchtlichen Bewegung heran. Es war die vielleicht größte Protestwelle seit dem Machtantritt von Lukaschenka.

Einsatz sozialer Medien

Die traditionellen Medien, das Fernsehen und Zeitungen, werden in Belarus strikt vom Staat kontrolliert. Wer sich in politischen Fragen für alternative Positio-

nen interessiert, wendet sich normalerweise Nachrichtenportalen im Internet und sozialen Medien zu. Bei früheren Massenprotesten – 2006 und 2010/11 – hatten nur bestimmte Teile der Gesellschaft einen schnellen und stabilen Zugang zum Internet gehabt. Bis 2017 sind in dieser Hinsicht anderthalb Millionen Menschen dazugekommen, was unter anderem dazu geführt hat, dass sich in den letzten vier Jahren die Anzahl der über 55-Jährigen mit Internetzugang verdoppelt hat. In anderen Ländern schauen ältere Erwachsene jetzt aktiver politische Videos im Internet und teilen intensiver politische Neuigkeiten, als dies bei jüngeren Generationen der Fall ist. In den USA hatte diese Entwicklung bei den Präsidentschaftswahlen 2016 eine Rolle gespielt, wie eine Studie von Jonathan Albright von der Columbia-Universität zeigt (s. d. Lesetipps).

Bei der Mobilisierung unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen zu gemeinsamen Aktionen haben zwei Aspekte von Internet-Technologien eine Rolle gespielt. Zum einen sind Aktivisten der Bewegung gegen die Steuer für »Sozialschmarotzer«, mit denen der Verfasser sprechen konnte, der Ansicht, dass die Menschen Informationen über die Proteste vor allem über soziale Medien erhielten. Anschließend seien die Informationen über Ort und Zeit der Protestversammlungen über soziale »Alltags-Netzwerke« verbreitet worden.

Zweitens setzten sowohl die Protestbewegung gegen die Steuer, wie auch die Kampagne zur Verteidigung von Kurapaty extensiv eine weiteres Internet-Instrument ein: Die Aktivisten waren wohl die ersten politischen Livestreamer der sozialen Medien in Belarus.

Die vor kurzem eingeführte Videolivestreaming-Funktion von »Facebook« wurde von den Kurapaty-Unterstützern und später von den Steuergegnern intensiv genutzt. Die Videoaufnahmen von Menschen, die zeitgleich die zentralen Straßen belarussischer Städte entlangmarschieren, erschütterten das Bewusstsein der Leute. Viele hatten Bilder dieser Art seit den 1990er Jahren nicht mehr gesehen. Das machte die Proteste realistischer und half dabei, die Anhänger der Protestbewegung zusammenzubringen. Einige Aktivisten erzählten, sie seien auf die Straße gegangen, nachdem sie Livestreams von Protesten in anderen belarussischen Städten gesehen hatten.

Der Einsatz sozialer Medien hatte bislang für die politische Mobilisierung in Belarus keine große, positive Rolle gespielt. 2017 jedoch wurde es extensiv zur Mobilisierung genutzt. Es scheint das erste Jahr zu sein, in dem Kampagnen in sozialen Medien für den Erfolg von Protesten ausschlaggebend war. Und es könnten die ersten Massenproteste gewesen sein, bei denen den regierungsfreundlichen Medien letztlich ihr Einfluss auf Lukaschenkas soziale Basis entglitt.

Fazit: Die erfolgreiche Verteidigung von Kurapaty und die Niederschlagung der Protestkampagne gegen die »Sozialschmarotzersteuer«

Die intensive und innovative Präsenz in den sozialen Medien hat den Aktivisten zur Verteidigung von Kurapaty dabei geholfen, eine Basis aus Netzwerken und Followern aufzubauen. Diese Netzwerke wurden von den Verteidigern für eine Öffentlichkeitskampagne genutzt. Die Kampagne fand eine breite Unterstützung in der Minsker Bevölkerung, die Geld an die Aktivisten spendete und ihr Lager mit den dort benötigten Sachen versorgte.

Neun Tage nach Beginn der Verteidigung trafen sich ihre Vertreter mit dem Bürgermeister von Minsk – ein für die jüngste Geschichte politischer Proteste in Belarus außerordentliches Ereignis. Sechs Tage später wurde der Bau des umstrittenen Geschäftszentrums vollständig aufgegeben und die Aktivisten begannen, das Gelände zu verlassen. Einer der Anführer der Kampagne, Smizer Daschkewitsch, merkte hierzu an, es sei das erste Mal in der zwanzigjährigen Geschichte der »Jungen Front« gewesen, dass sie einen Ort des Protestes freiwillig verlassen habe.

Die Zugeständnisse hingegen, die die Regierung der Protestbewegung gegen die »Schmarotzersteuer« machte, hatten die Bewegung nicht stoppen können. Die Agenda der Bewegung wurde zunehmend politischer, was für Lukaschenka sicherlich unerwartet kam. Die Niederschlagung der Kampagne begann, nachdem sich der Präsident eingeschaltet hatte. Lukaschenka begründete das mit der Behauptung, die Kampagne sei Teil einer Verschwörung gegen ihn. Nach der Gewalt am »Tag der Freiheit« (25. März) zog sich die Protestbewegung ins Internet zurück und ebte allmählich ab. Einige Aktivisten und Parteiführer sind in Bezug auf die Zukunft der Bewegung allerdings sehr zuversichtlich. Sie hoffen, dass im Herbst und im Winter neue Proteste folgen werden.

Mit Stand vom Oktober 2017 war die Steuer für »Sozialschmarotzer« weder abgeschafft, noch in Kraft getreten; die Regierung arbeitet immer noch an einer aktualisierten Fassung des Gesetzes über diese Steuer. Allerdings war die Protestbewegung insofern erfolgreich, als sie Änderungen an dem entsprechenden Gesetz bewirkte, so dass ein Inkrafttreten auf 2018 verschoben wurde. Lukaschenka hat alle Arbeitslosen angewiesen, innerhalb von zwei Monaten eine Arbeit zu finden. Andererseits hat die Regierung ihre Idee nicht aufgegeben, all diejenigen mit einer Steuer zu belegen, die nicht offiziell beschäftigt sind, jedoch arbeiten könnten.

Das Schicksal der Protestbewegung belegt die derzeit vorhandene Fähigkeit des belarussischen Regimes, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Nachdem das Netz-

werk der Aktivisten über eine Online-Kampagne und eine Unterschriftensammlung entstanden war, hat sie sich einem autoritären Staat mit zwanzigjähriger erfolgreicher Repressionserfahrung gegenüber als zu verwundbar herausgestellt. Dabei haben es die Aktivisten nicht vermocht, eine stabile Organisation aufzubauen. Eine solche Organisation ist normalerweise Voraussetzung für eine nachhaltig bestehende Gruppe, die sich am politischen Prozess beteiligen will. Schließlich dürfte auch die mangelnde Solidarität unter den Anhängern der Bewegung eine gewisse Rolle beim Niedergang der Kampagne gespielt haben.

Die Proteste dieses Jahres gegen die Regierung in Belarus waren derart breit angelegt, unübersehbar und unerwartet, dass 2017 als Jahr des Protests bezeichnet werden kann. Sie waren hinsichtlich ihrer politischen Implikationen größtenteils erfolgreich, was in Belarus alles andere als üblich ist. Die monatelangen Proteste haben dazu geführt, dass die empörende Steuer für Arbeitslose auf Eis gelegt wurde. Die Verteidigung von Kurapaty war ein voller Erfolg, indem das umstrittene Projekt in der Nähe der Gedenkstätte vollkommen aufgegeben wurde.

Auswirkungen auf das politische System

Die Proteste haben gezeigt, dass ein Teil der Belarusen bereit ist, sich selbst zu organisieren. Sie haben auch deutlich gemacht, dass die Fähigkeit besteht, gegen eine Regierungspolitik, die als ungerecht und destruktiv wahrgenommen wird, Widerstand zu entwickeln. Allerdings haben sowohl die Kampagne gegen die Steuer, als auch die Verteidiger von Kurapaty eher gegen Veränderungen protestiert, als gegen den bestehenden Status quo des autoritären politischen Systems in Belarus. Andrej Strishak, Aktivist der Gewerkschaft REP, der die Info-Kampagne über die Protestbewegung gegen die Steuer entscheidend mitorganisiert hatte, meinte im Gespräch gegenüber dem Verfasser, dass die Protestierenden im Allgemeinen den »Wunsch [hatten], die Dinge so zu bewahren, wie sie waren«. Die Proteste hätten also »einen klaren Bedarf an populistischen Parolen und einfachen [...] Lösungen für komplexe Probleme [demonstriert]. Das war keine Welle, die in der Gesell-

schaft das Bewusstsein dafür entstehen ließe, dass man Verantwortung für das Geschehen im Land übernehmen soll, dass radikale Reformen vonnöten sind«.

Es gibt also wenig Grund anzunehmen, dass die Proteste von 2017 von einem neu entstandenen Bedürfnis in der Gesellschaft nach einer Einführung von Rechtsstaatlichkeit, Medien- und Versammlungsfreiheit bestimmt wurden. Darüber hinaus waren diese Bewegungen in geringerem Maße proeuropäisch und reformorientiert als noch die Proteste nach den Wahlen 2006 und 2010. Die aktuellen Bekundungen in Belarus hinsichtlich »europäischer Werte« sollten daher nicht überbewertet werden.

Das Anliegen der Proteste entsprang wirtschaftlichen Gründen bzw. Fragen der kollektiven Erinnerung. Die Regierung neutralisierte die Themen weitgehend, indem – im Fall Kurapaty – ein eher auf Unabhängigkeit ausgerichtetes, denn ein sowjetisches historisches Narrativ verfolgt wurde, und indem eine unbeliebte Besteuerungsmaßnahme ausgesetzt wurde.

Einige etablierte Organisationen, die die Protestbewegung angeführt hatten, haben daraus Nutzen ziehen können. Hierzu gehören Gewerkschaften und eine Reihe Oppositionsparteien. Sie haben in den kleineren Städten neue Anhänger gewonnen. Diese neuen Aktivisten werden vermutlich die Gelegenheit bekommen, bei den spätestens im Februar 2018 anstehenden Kommunalwahlen zu kandidieren.

Wie es scheint, hat die Gesellschaft in Belarus nach den Protesten von 2017 keinen wesentlichen Wandel hinsichtlich einer Demokratisierung ihres politischen Systems erfahren. An einer Demonstration teilzunehmen oder ein politisch aktiver Bürger zu sein, bleibt im gleichen Maße eine riskante Angelegenheit, wie es vor 2017 der Fall war. Ebenso wenig haben die Proteste zu einem Haltungswandel der Regierung in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und politische Grundrechte geführt. Zudem scheint das Regime von den Menschen in Belarus wenn, dann vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in Frage gestellt zu werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Aliaksandr Herasimenka ist Doktorand an der Universität Westminster in London. Seine Doktorarbeit befasst sich mit dem Einsatz sozialer Medien durch politische Aktivisten in Belarus und Russland.

Lesetipps

- Albright, Jonathan: What's Missing From The Trump Election Equation? Let's Start With Military-Grade PsyOps, Blog vom 11. November 2016; <<https://medium.com/@d1gi/whats-missing-from-the-trump-election-equation-let-s-start-with-military-grade-psyops-fa22090c8c17>>.
- Crabtree, C.; C. Fariss, P. Schuler: In Belarus, Europe's »last dictator« is actually allowing protest. Here's why, in: Washington Post, 24. März 2017; <<https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/03/24/belarus-is-allowing-protest-because-its-authoritarian-government-wants-western-support/>>.

Tabelle 1: Proteste gegen »Schmarotzersteuer« in Belarus in 2017

Datum	Stadt	Anzahl der Teilnehmenden
17.02.	Minsk	2.500
19.02.	Homel	2.000
19.02.	Mahiljou	400
19.02.	Hrodna	100
19.02.	Brest	100
19.02.	Wizebsk	250
26.02.	Wizebsk	1.750
26.02.	Brest	300
26.02.	Babrujsk	400
26.02.	Baranawitschy	300
05.03.	Brest	1.000
10.03.	Maladsetschna	1.000
11.03.	Pinsk	350
12.03.	Rahatschou	300
12.03.	Worscha	1.000
12.03.	Brest	100
12.03.	Babrujsk	650
15.03.	Minsk	1.750
15.03.	Mahiljou	500
15.03.	Hrodna	1.000
18.03.	Masyr	30
18.03.	Kobryn	30
18.03.	Swetlahorsk	25
19.03.	Slonim	300
19.03.	Baranawitschy	70
25.03.	Minsk	3.000
25.03.	Brest	200
25.03.	Hrodna	150
25.03.	Homel	500
25.03.	Wizebsk	100

Quelle: Zusammenstellung von Aliaksandr Herasimenka sowie der Redaktion der Belarus-Analysen nach folgenden Quellen: *Tsichto prois-chodit w Belarusi: »majdan« ili sozialnyje protesty?*, <<http://eurasia.expert/chto-proiskhodit-v-belarusi-maydan-ili-sotsialnye-protesty/>>; *Protestnaja wesna w Belarusi. Wse »Marschi netunejadzew« w odnoj infografike*, <<https://news.tut.by/society/535509.html>>; *»Marschi netunejadzew« w Belarusi. Online-karta*, <<http://naviny.by/article/20170316/1489667989-marshi-netuneyadcev-v-belarusi-onlayn-karta>>

Das alternative Belarus und das marginalisierte Andere: Zu Ausgrenzungstendenzen im nationalkonservativen Lager der belarussischen Opposition

Filip Busau (Freie Universität Berlin)

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag problematisiert das Bild der belarussischen Nation, das von der belarussischen politischen Opposition angeboten wird. Es handelt sich weniger um ein konkretes politisches Programm einzelner Parteien, sondern vielmehr um Umriss eines Konzepts, die aus Stellungnahmen ihrer Anführer, Vertreterinnen und Vertreter ersichtlich werden. Dabei wird vor allem untersucht, wie sich einzelne Vertreter des sogenannten »Belarussischen Unabhängigen Blocks«, also des konservativen, national-christdemokratischen, mitte-rechts bis rechts orientierten Teils der Opposition, in Bezug auf Gruppen positionieren, die unter dem derzeitigen Regime in Belarus in besonderem Maße verschiedenen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind. Es soll aufgezeigt werden, dass diese Teile der Opposition hier denselben Leitlinien folgen wie die dominierenden politischen Strukturen im Land, denen sie sich entgegenstellen. Sie bieten damit keine Alternative zur Überwindung der in der belarussischen Gesellschaft vorhandenen Diskriminierungsmuster. Dies soll an Beispielen von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, des Geschlechts, der sogenannten ethnischen Herkunft sowie der Religion illustriert werden. Die in diesem Beitrag dargelegte kurze Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist vorläufig. Sie sollte nicht als pauschales Urteil verstanden werden, dass alle Vertreterinnen und Vertreter der belarussischen Opposition die geschilderten Ansichten teilen würden.

Begriff der Opposition

Der Begriff »Opposition« im Allgemeinen und der politischen Opposition im Besonderen lässt sich nicht eindeutig festlegen und kann je nach politischem System variieren. Es lässt sich diskutieren, ob Opposition institutionalisiert und legitimiert sein muss, um unter die Kategorie »politische Opposition« zu fallen und inwieweit dies außerhalb demokratischer Systeme möglich ist. In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass unter nichtdemokratischen Bedingungen sowohl vom Staat anerkannte als auch nicht anerkannte Initiativen als politische Opposition betrachtet werden können, solange sie einen Regimewechsel als Ziel haben. (Michal Kubát: *Political Opposition in Theory and Central European Practice*. Frankfurt a. M., 2010, S. 19–26, 30).

Für den vorliegenden Beitrag sind vor allem jene belarussischen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen von Interesse, die einen wertekonservativen Nationalismus und ein deutlich alternatives Konzept der belarussischen Nation vertreten. Die Analyse baut auf konkreten Aussagen einzelner Vertreter dieser Parteien und Organisationen sowie auf einzelnen Passagen ihrer Programme auf. Aufgrund der geringeren Anzahl von Aussagen anderer politischer Akteure zu den hier zu behandelnden marginalisierten Gruppen, konzentriert sich die Analyse auf die Mitte und den rechten Teil des politischen Spektrums und kann damit Grundlage für eine erweiterte fundierte Studie liefern. Darin könnten darüber hinaus zusätzlich der gemäßigte Flügel der poli-

tischen Opposition sowie NGOs und parteilose Aktivistinnen und Aktivisten berücksichtigt werden, aber auch die (potentiellen) Anhänger der jeweiligen oppositionellen Parteien sowie sonstige oppositionell gesinnte Bürgerinnen und Bürger, die sich eher als soziale Bewegung und weniger als politische Partei verstehen.

Konkurrierende Selbstbilder

In den letzten Jahrzehnten wurden auf akademischer Ebene mehrere Versuche unternommen, einerseits dem Selbstbild der Nation im postsowjetischen Belarus, und andererseits den verschiedenen nationalistischen Ansätzen nachzugehen. Daraufhin wurden Konzepte vorgelegt, die Belarus als eine entnationalisierte Nation (D. R. Marples: *Belarus. A denationalized nation*, Amsterdam 1999) oder einen antinationalen Staat darstellen. Dem Vorwurf, die Regierung unter Aljaksandr Lukaschenka sei antinational oder gar anti-belarussisch, wurde die These über zwei parallel existierende, in der Geschichte der Nation verwurzelte belarussische Identitäten gegenübergestellt (s. i.d. Lesetipps: Bekus: *Struggle over...* sowie Bekus: *Ethnic identity...*). Demzufolge konkurrieren zwei Identitäten miteinander: Die offizielle, ideologisch nationalstaatliche, an Russland orientierte und eine alternative, die nicht selten als europäisch ausgerichtet begriffen und in Teilen der politischen Opposition sowie durch Aktivisten vertreten wird. Es handelt sich also um eine Konfrontation von »staatsbürgerlichen« (»civic«) und ethnischen Nationalismus, wie es

auch Grigory Ioffe und Per A. Rudling in ihren Arbeiten feststellen (s. Lesetipps).

Ausgehend von dieser theoretischen Basis ließe sich annehmen, dass die belarussische politische Opposition bei der von ihr implizierten Werteausrichtung und Positionierung gegenüber dem Regime einen Wechsel in den vorherrschenden gesellschaftlichen Mustern anstreben bzw. ihre Solidarität mit anderen durch das Regime marginalisierten und diskriminierten Gruppen und Bewegungen bekunden würde. Allerdings ist das Gegenteil der Fall, wie es im Folgenden aufgezeigt werden soll.

Diskriminierung auf höchstem Niveau

In Belarus gehören Marginalisierung und Diskriminierung nicht nur zum Alltag, sondern werden von Politikern bis in die höchsten Positionen sowie vom Präsidenten selbst regelmäßig an den Tag gelegt und dadurch indirekt befördert. Betroffen sind, um nur wenige Gruppen zu nennen, die belarussische LGBTQ+-Gemeinschaft, Frauen sowie ethnische Minderheiten, deren Diskriminierung auf alten Vorurteilen basiert. Um nicht zahlreiche Zeitungsartikel heranziehen zu müssen, seien an dieser Stelle repräsentativ einige Aussagen von Lukaschenka genannt, die Grigory Ioffe dokumentiert hat. So behauptete der Präsident, dass in den von Juden bewohnten Orten schweineartähnliche Verhältnisse herrschten (s. in d. Lesetipps: Ioffe, S. 161) und dass es besser sei, ein Diktator zu sein als schwul (Ioffe, 105). Ioffe nimmt an, dass durch diese und ähnliche Aussagen eine demonstrative Nähe zum Volk bezweckt wird, in voller Kenntnis der verwurzelten Stereotype (Ioffe, S. 161f). Gleichzeitig demonstriert der Staatschef aber auch seine Ignoranz in grundlegenden Fragen: So kennt er nicht den Unterschied zwischen Bi- und Heterosexuellen und schreibt Männern die Schuld daran zu, dass »Frauen zu Lesben werden« (Ioffe, S. 197). Paradox erscheint die Behauptung der Vorsitzenden der zentralen belarussischen Kommission für Wahlen und Referenden Lidzija Jarmoschyna, Frauen seien an Politik nicht interessiert und von ihrer Natur her apolitisch (Dipservice 2016: <https://issuu.com/dipservice/docs/journal_dipservice_11>, S. 77). Vor allem aber gehören Vertreter und Anhänger der politischen Opposition zu den von der Regierung diskriminierten und dämonisierten Gruppen. Während seiner Regierungszeit hat Lukaschenka eigens auf sie gemünzte Bezeichnungen und Codewörter wie »Fünfte Kolonne« und »Swjadomyja« (dt. ungefähr: »Überzeugte«, »Bewusste«) geprägt (Ioffe, S. 252).

Ethnische und religiöse Distanzierung

Für die politische Opposition hingegen ist der regierende Staatschef der wichtigste Gegenspieler, dessen Präsidentschaft es zu delegitimieren gilt. Für diesen

Zweck werden nebulöse Teile seiner Biografie aufgegriffen und mit eigenen Theorien gedeutet, wobei ethnische Zugehörigkeit instrumentalisiert wird. Die gängigen und sich mittlerweile etablierten Thesen, die durch oppositionelle Aktivisten und auf alternativen Internetplattformen verbreitet werden, schreiben dem Präsidenten eine jüdische bzw. Roma-Abstammung zu (s. in d. Lesetipps: Astapova, S. 44f.). Diese Tatsache ist besonders angesichts der Bemerkung von Nelly Bekus interessant, die politische Opposition in Belarus halte Lukaschenkas Regierung und Ideologie für antinational und anti-belarussisch (s. in d. Lesetipps: Bekus: Struggle..., S. 14). Indem Lukaschenkas Person als Präsident auf die geschilderte Art und Weise diskreditiert wird, erfolgt eine Gegenüberstellung von Belarussen und ethnischen Minderheiten in Belarus, wobei letzteren die Zugehörigkeit zur belarussischen Nation abgesprochen wird.

Die Soziologin Natalia Mamul stellt fest, dass eine bewusste Distanzierung von anderen ethnischen Gruppen typisch für junge Belarussen sei und einen der ersten Schritte auf ihrem Weg zu einer alternativen nationalen Identität und einer Selbstidentifizierung mit der Opposition darstelle. Ein weiteres Merkmal dürfte das wiederentdeckte Bekenntnis zum christlichen Glauben sein. Im postsowjetischen Belarus mit seinem »orthodoxen Atheismus« und Lukaschenka als dessen prominentesten Vertreter wird auch die Religion als ein Instrument zur Opposition verstanden und von einzelnen Aktivisten für machtpolitische Zwecke missbraucht. Die nicht registrierte Partei »Belarussische Christliche Demokratie« (BChD) grenzt sich zum Beispiel klar von den europäischen Christdemokraten ab und erklärt, in Belarus sollten sich Gesetze an biblische Gesetze anlehnen und letzteren nicht widersprechen dürfen (<<https://www.sva boda.org/a/764583.html>>). In jüngster Zeit berufen sich auch weniger religiöse Opponenten des belarussischen politischen Regimes auf das Christentum und stellen es populistisch dem Islam gegenüber. Solche Ansichten sind für Belarus relativ neu und nicht zuletzt auch deshalb interessant, weil sie bisher nicht von Vertretern der offiziellen Regierung aufgegriffen worden sind. Mittlerweile scheinen sie angesichts der Migrationsdebatte in Europa sowie lokalen Ereignissen wie die Eröffnung der Minsker Moschee 2016 an Aktualität zu gewinnen. Auf die Frage der Zugehörigkeit der Muslime zur Gesellschaft, die seit kurzer Zeit auch in Belarus auf der Tagesordnung steht, scheinen allen voran so manche konservativen oppositionellen Politiker und Aktivisten leichte und populistische Antworten zu haben. Dies lässt sich am Beispiel der Reaktion auf den Nachdruck von Mohammed-Karikaturen der dänischen Zeitung »Jyllands Posten«

aufzeigen, der 2006 in der Zeitung »Shoda« erfolgte, und die Schließung der Zeitung sowie die Verurteilung ihres Chefredakteurs, Aljaksandr Sdwischkau, zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe zur Folge hatte. Der ehemalige Vizevorsitzender der Partei »Belarussische Volksfront«, Ales Michalewitsch, war der Meinung, der Schuldspruch basiere auf islamischen Moralnormen und sei für ein christliches Land nicht hinnehmbar. Und fragte rhetorisch, ob in Belarus nicht bereits das Gesetz der Scharia gelte (http://naviny.by/rubrics/society/2008/01/23/ic_articles_116_155138). In der Erklärung zur Tagung der Partei »Belarussische Volksfront« vom 19. März 2016 wird dazu aufgerufen, die Migration aus Syrien nach Belarus zu begrenzen, wobei bei einer Zahl von ungefähr 300 Migrantinnen und Migranten der Begriff »Migrationsstrom« benutzt wird und Geflüchtete als Menschen aus einem anderen »Zivilisationskreis« bezeichnet werden, deren Aufnahme in Belarus aufgrund des noch nicht vollständig ausgebildeten Nationalbewusstseins nicht möglich sei (<http://narodny.org/?p=10882>). Der Vorsitzende der oppositionellen Jugendorganisation »Malady Front« (»Junge Front«), Smitzer Daschkjewitsch, meinte unlängst in einer Videobotschaft auf »Youtube«, Muslime seien verlorene Menschen. Konkret auf Belarus bezogen, bringt er das mit einer eigenen Version der UNO-Prognose in Verbindung, der zufolge die Anzahl der »ethnischen/echten« Belarussen in Belarus bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Mio. Menschen sinken werde und fragt, ob dies das Belarus sei, für welches man kämpfe. Zum einen ist diese Zahl eine stark modifizierte Darstellung der Angaben der UNO, die die Zahl 5,745 Mio. angibt. Zum anderen ist der Zusammenhang zwischen einem Bevölkerungsrückgang und einer wachsenden Zahl von Muslimen generell äußerst verschwommen und fragwürdig, vor allem, wenn damit ein kausaler Zusammenhang gemeint wird (<https://www.youtube.com/watch?v=ZVXjdTx349U>; World Population to 2300: <http://www.un.org/esa/population/publications/longrange2/WorldPop2300final.pdf>, S. 198).

Dabei war und ist es gerade die tatarisch-muslimische Gemeinschaft, die im Laufe ihrer 600-jährigen Präsenz in der Kulturlandschaft des Landes trotz dessen Polonisierungs- und Russifizierungsversuchen einen unschätzbaren Beitrag zum Erhalt der belarussischen Sprache geleistet hat, und die teils immer noch weiterhin belarussischsprachig ist. Die Sprache ist aus der Perspektive des russlandnahen Regimes ein zentrales Merkmal politischer Opposition. Daher stellt die Ausgrenzung gerade dieser ethnischen Minderheit durch die Opposition, die aufgrund derselben Sprache vom Regime konsequent selbst diskriminiert wird, ein kulturelles Paradoxon dar.

Sexuelle und Gender-Identitäten

Eine noch größere Rolle spielt die Religion bei jungen Oppositionellen des konservativen Lagers, zum Beispiel bei der national gesinnten christlich-demokratischen Organisation »Malady Front«, wenn es um Toleranz gegenüber der LGBTQ+-Gemeinschaft gegenüber geht. So wird zum Beispiel Homosexualität als Merkmal für Degradierung religiöser Werte gesehen und neben Drogenkonsum und Abtreibung als Auswuchs der liberalen europäischen Zivilisation verunglimpft. Sie ist zudem mit zahlreichen Vorurteilen behaftet (http://naviny.by/rubrics/opinion/2010/04/30/ic_articles_410_167642; <http://mfront.net/6666.html>). Diese Haltung widerspricht keinesfalls der im staatlichen Apparat weit vertretenen Sichtweise vom »verdorbenen« Europa, wo mit Berufung auf Menschenrechte jede Art von »Perversion« vorstellbar sei (s. Bulhakaŭ / Komorowska (Hg.): Belarus. Neither Europe, nor Russia. Opinions of Belarusian elites. Warszawa 2006, S. 58.). Auch bei der Opposition mögen die Gründe für eine solche Haltung ähnlich sein: Kritisiert die Regierung die bei der Mehrheit der Bevölkerung in Verruf stehende LGBTQ+-Bewegung, um möglichst volksnah zu bleiben, so benutzt die Opposition dieselbe Strategie, um dem Establishment keine weiteren Gründe für Propaganda gegen die Opposition zu liefern. Der Vorsitzende der »Belarussischen Christlichen Demokratie« räumte in einem Interview ein, dass es in seiner Partei neben Atheisten und Muslimen auch Homosexuelle geben mag, betonte aber den aus seiner Sicht abnormalen Charakter der »Sünde des Homosexualismus«. Wer aber diese Sünde beichte und sich zu ändern versuche, sei »normaler« als Menschen, die außereheliche Beziehungen im Geheimen unterhalten (<https://www.svaboda.org/a/28505085.html>).

Die fehlende Akzeptanz von der »Norm« abweichenden sexuellen und Gender-Identitäten seitens der Opposition ist auch deshalb besonders bemerkenswert, als sich die meisten LGBTQ+-Aktivistinnen und -Aktivisten mit einem alternativen Konzept des belarussischen Nationalismus (»*alternative Belarussianness*«) identifizieren. Wiederholt benutzen sie bei Demonstrationen für ihre Menschenrechte alternative belarussische Staatssymbole und im Alltag oft die belarussische Sprache als Politikum; die LGBTQ+-Bewegung wird vom Regime im gleichen Maße unterdrückt wie oppositionelle Strömungen. In beiden Fällen dürfen Vereine und Organisationen im Land nicht registriert werden, nur wenige Aktionen werden gestattet. Trotz allem gibt es keine Anzeichen für eine mögliche Kooperation in absehbarer Zukunft, wobei es die politische Opposition ist, die den Ton angibt. Kennzeichnend für die Stimmung, die zwischen den beiden Lagern herrscht, mag die Aussage von Smizer Daschkjewitsch sein, des politischen Anführers

ners der oppositionellen Jugendorganisation »Malady Front«. Der hatte gemeint, die Front werde sich eher mit der regierungstreuen Jugendorganisation BRSM (Belarussische Republikanische Jugendunion) vereinen als mit »Päderasten«, wie er Homosexuelle abwertend bezeichnete (https://gazetaby.com/cont/art.php?sn_nid=13215). Belarussische Jugend- und LGBTQ+-AktivistInnen wie Sjarhej Androsenka, Sjarhej Pradsed und Warwara Krasutskaja haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Die wenigen, die in Belarus immer noch bleiben, wie die Gender-Aktivistin Julija Mizkewitsch, die Aktionen gegen Homophobie organisiert, würden nach eigenen Angaben das Land verlassen, sollte »Malady Front« jemals an die Macht kommen (http://naviny.by/rubrics/opinion/2008/05/05/ic_articles_410_156953).

Frauenbilder

Das Bild, das viele politisch engagierte Oppositionelle von Frauen haben, ist ebenfalls von traditionalistischen Denkmustern geprägt. Unter dem Schlagwort »Familienwerte« wird die Rolle der Frau auf Kochen, Kindererziehung und Haushalt reduziert. Politische Betätigung von Frauen und der Kampf für Frauenrechte werden dabei auf derselben Diskursebene behandelt und verunglimpft wie die »perversen« Queer-Bewegungen. Demzufolge gebe es in Belarus aus der Sichtweise von Pawel Sewjarynez (Belarussische Christliche Demokratie) keinen Platz für Menschen, die »an Homosexualismus erkrankt« sind oder »Feminismus betreiben« (<https://www.svaboda.org/a/paval-sieviaryniec/27782779.html>). Auch hier ist kein Unterschied zu den von der Regierung vertretenen Positionen erkennbar. Die Ausgrenzung von Frauen durch die politische Opposition ist umso bemerkenswerter, als das mit derselben Begründung erfolgt, wie die, die vom Regime gegen die auf oppositionellen Märschen protestierenden Frauen benutzt wurde. Wie aus inoffiziellen Berichten hervorgeht, wird die Diskriminierung von Frauen, die in Belarus vor allem auf dem Arbeitsmarkt sehr präsent ist, durch Aussagen von führenden Politikern fortdauernd genährt. Unter anderem ist hier die Aussage des Vorsitzenden der regierungsfreundlichen »Belarussischen Patriotischen Partei«, Mikalaj Ulachowitsch, zu nennen, die primäre Aufgabe einer Frau sei die Erziehung der Kinder. Dies fügt sich mit der Auffassung des amtierenden Präsidenten, dass die Rolle eines Staatsoberhauptes einer Frau nicht zustehe. Darüber hinaus sollte auch der Einfluss der sexistischen Berichterstattung – unter anderem in den oppositionellen Medien – nicht unterschätzt werden (<https://adcmemorial.org/wp-content/uploads/BelENGwww.pdf>) Frauendarstellungen erscheinen unverhältnismäßig oft im Zusammenhang

mit Ehe, Mutterschaft, Schönheit und Sexualität. Häufige Reportagen über Schönheitswettbewerbe schaffen eine sexualisierte Vorstellung von der Frau. Die Bedeutung traditioneller Familienwerte und Geschlechterrollen wird hervorgehoben. Berichte über Diskriminierung von Frauen sind hingegen viel seltener und erscheinen in der Regel auf Portalen wie »Radio Free Europe/Radio Liberty« (Ibid.). Der Wissenschaftlerin Tatsiana Shchurko von der Staatsuniversität Ohio zufolge wird Feminismus in Belarus als eine künstliche und unbedeutende Erscheinung angesehen, und Geschlechterungleichheit als nicht existent abgetan (s. unter anderem <E. Gapova>). Seit knapp 25 Jahren existieren in Belarus NGOs und öffentliche Vereinigungen, die sich Frauenrechtsfragen widmen (Shchurko, Tatsiana (2015), 150ff., 154.). Diese sind vor allem in der Bildung, der Sozial- und Rechtshilfe, der Forschung sowie in der Lobbyarbeit aktiv (Shchurko, S. 156.). Doch würden Themen wie das Recht auf Abtreibung in der Gesellschaft immer noch nicht ernst genug genommen und diskutiert, und der öffentliche Diskurs habe sich im Laufe der Jahre kaum verändert. Ungeachtet der allgemeinen Zersplitterung der belarussischen Opposition habe die Mehrheit der prodemokratischen Initiativen im Land die feministischen Ideen nicht aufgenommen und deren Bedeutung gegenüber dem tatsächlichen Widerstand dem Regime als zweitrangig bis vollkommen unwichtig betrachtet (Shchurko, S. 149).

Fazit und Ausblick

Die Idee eines alternativen Nationalismus, der dem offiziellen, staatlichen Nationskonzept der Republik Belarus unter Lukaschenka entgegengesetzt wäre, wird von vielen politischen Parteien und Bewegungen vertreten. Fast alle von ihnen sind inoffiziell, also nicht registriert, da sie selbst vom Regime diskriminiert und unterdrückt werden. Sie alle verbindet die Vision eines demokratischen Belarus, für die sie sich auf verschiedenen Ebenen einsetzen und wegen der sie von der Regierung und deren Anhängern »geothert« werden. Dieses Anderssein wird dabei nicht nur durch die jeweiligen politischen Ansichten, sondern auch durch verschiedene andere Merkmale festgelegt, von denen der Gebrauch der belarussischen Sprache sowie alternativer Staatssymbole am deutlichsten präsent ist. Der sogenannte ethnische Nationalismus der Opposition ist im Vergleich zum offiziellen, staatsbürgerlichen Nationalismus per definitionem stärker auf Exklusion aufgebaut. Ein allgemeingültiger Grund dafür lässt sich im Fall Belarus nicht eindeutig ausmachen: Zum einen sind es Unterschiede im Demokratieverständnis innerhalb der Opposition, zum anderen instrumentalisiert die Opposition unterdrückte Gruppen, um sich auf diese Weise vom Regime abzugrenzen.

In anderen Fällen hingegen grenzt sich die Opposition von anderen unterdrückten Gruppen ab, um Konflikte mit dem Regime und damit eine Verstärkung ihrer eigenen Marginalisierung zu vermeiden. Bei manchen Aktivisten schließlich scheint es sich wiederum um eine echte persönliche Überzeugung zu handeln.

Unter den in Belarus gegebenen spezifischen kulturellen, historischen und politischen Verhältnissen verlangsamt allerdings eine solche Positionierung den Demokratisierungsprozess und beschränkt die Möglichkeiten der politischen Opposition als Ganzes. Die ohnehin schwache und uneinige Opposition stellt keinen ernstzunehmenden Konkurrenten auf der politischen Szene dar. Die Ausgrenzung bestimmter, meist

ohnehin diskriminierter, unter anderem zudem demokratisch orientierter und ebenso eine alternative belarussische Identität teilender Gruppen durch Teile der Opposition könnte schlimmstenfalls dazu führen, dass sie auch unter einer neuen Regierung in Opposition bleibt. Dies wäre ein weiterer Beleg für die von Brian Bennett vorgelegte Prognose, dass die Opposition nicht imstande sein werde, einen politischen Nachfolger für Lukaschenka hervorzubringen. Sollte das aber doch der Fall sein, würde es für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes bedeuten, dass die vorherrschenden Diskriminierungsmuster beibehalten blieben und sich in Hinsicht auf einzelne Gruppen sogar verstärken könnten.

Über den Autor

Filip Busau absolviert einen Masterstudiengang am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin (Abteilung Soziologie). Sein Forschungsinteresse gilt neben Minderheiten und sozial marginalisierten Gruppen Fragen der Migration und der Familienerinnerung, mit dem Fokus auf Belarus, die Baltischen Staaten, Finnland und den Nahen und Mittleren Osten.

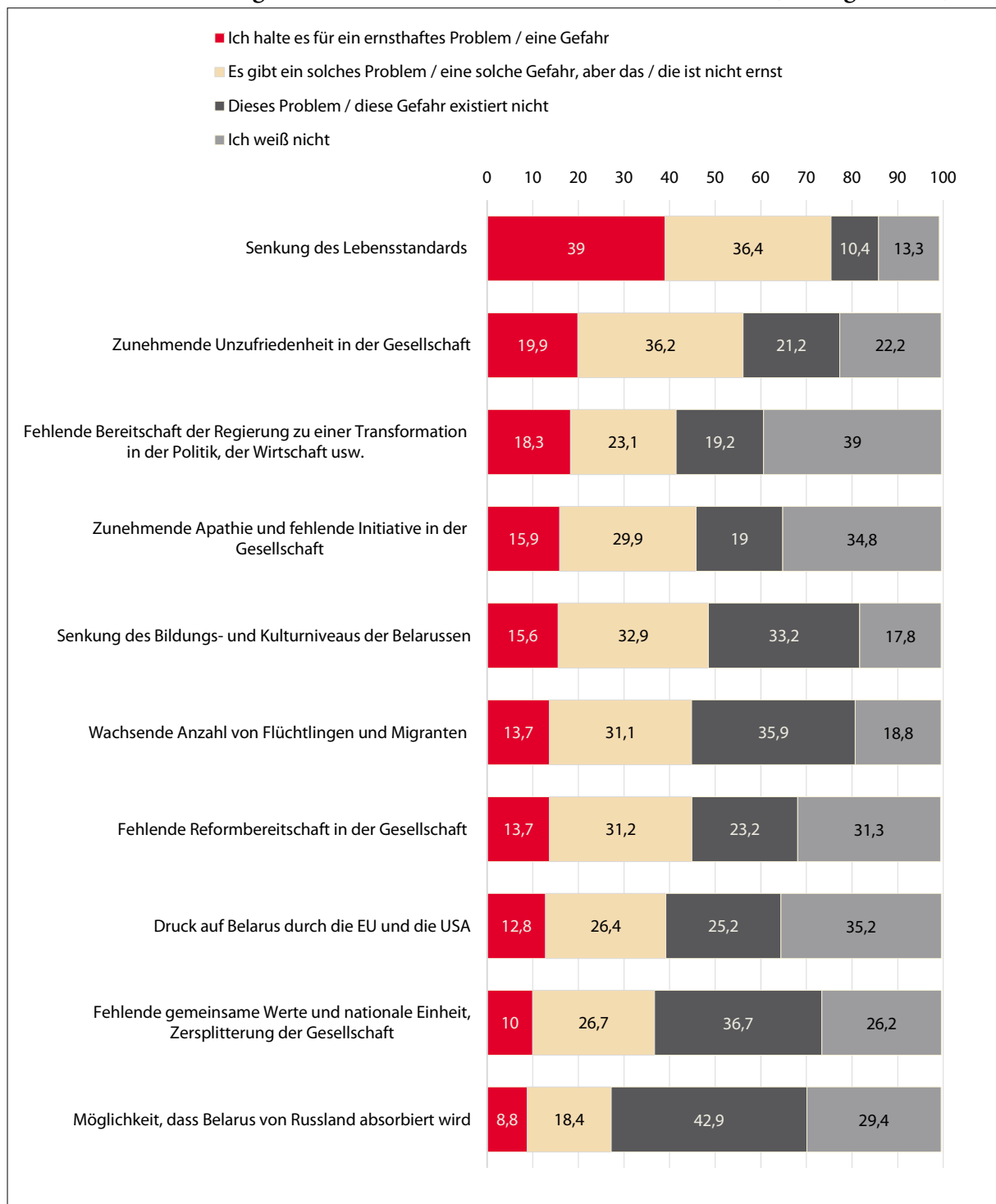
Lesetipps

- Astapova, Anastasiya: Political Biography. Incoherence, Contestation, and Elements of the Hero Pattern in the Belarusian Case. In: Journal of Folklore Research, 53.2016, Nr. 2, S. 31–62.
- Bekus, Nelly: Struggle over identity. The official and the alternative Belarussianness. Budapest, New York: Central European University Press 2010.
- Bekus, Nelly: Ethnic identity in post-Soviet Belarus. Ethnolinguistic survival as an argument in the political struggle. In: Journal of Multilingual and Multicultural Development, 35. 2014, Nr. 1, S. 43–58.
- Ioffe, Grigory: Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark. Lanham, Plymouth: Rowman & Littlefield, 2008, S. 175.
- Ioffe, Grigory: Reassessing Lukashenka. Belarus in cultural and geopolitical context. Houndmills: Palgrave Macmillan 2014.
- Mamul, Natalia: Narrative Templates of Post-Soviet Identity in Belarus. In: Polish Sociological Review, 2009, Nr. 166, S. 229–249.
- Rudling, Per A.: The Beginnings of Modern Belarus. Identity, Nation, and Politics in a European Borderland. In: The Journal of Belarusian Studies, 7.2015, Nr. 3, S. 115–127.
- Shchurko, Tatsiana: Gender sector and civil society in post-Soviet Belarus. In: Valer Bulhakaŭ und Aliaksej Lastoŭski (Hg.): Civil society in Belarus 2000–2015. Collection of texts. Warszawa: East European Democratic Centre, 2015, S. 149.

UMFRAGE

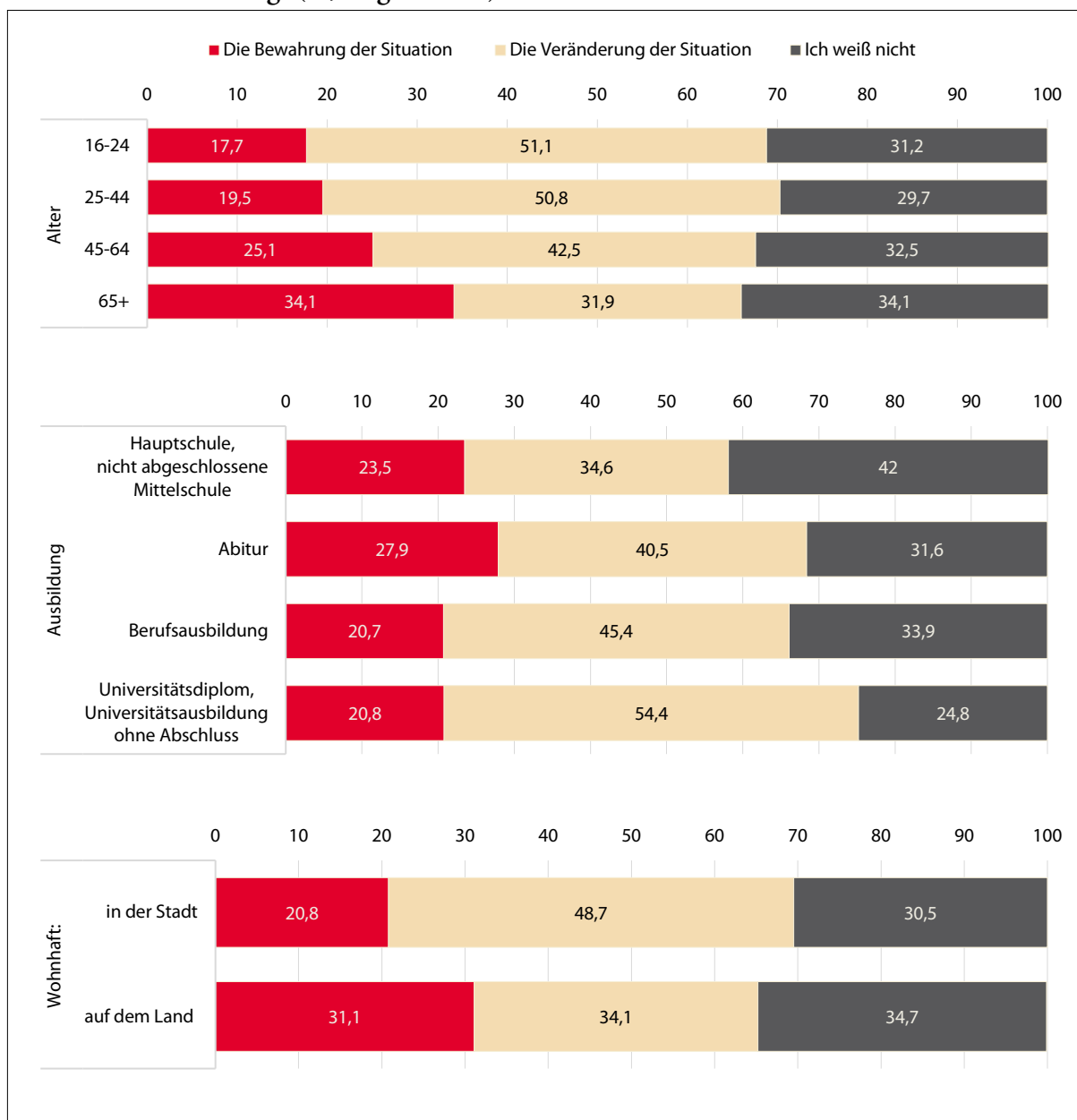
Belarussische Gesellschaft: Gefühl der (Un-)Zufriedenheit und Aktionsbereitschaft

Grafik 1: Einschätzung der aktuellen Probleme und Gefahren in Belarus (% , August 2016)



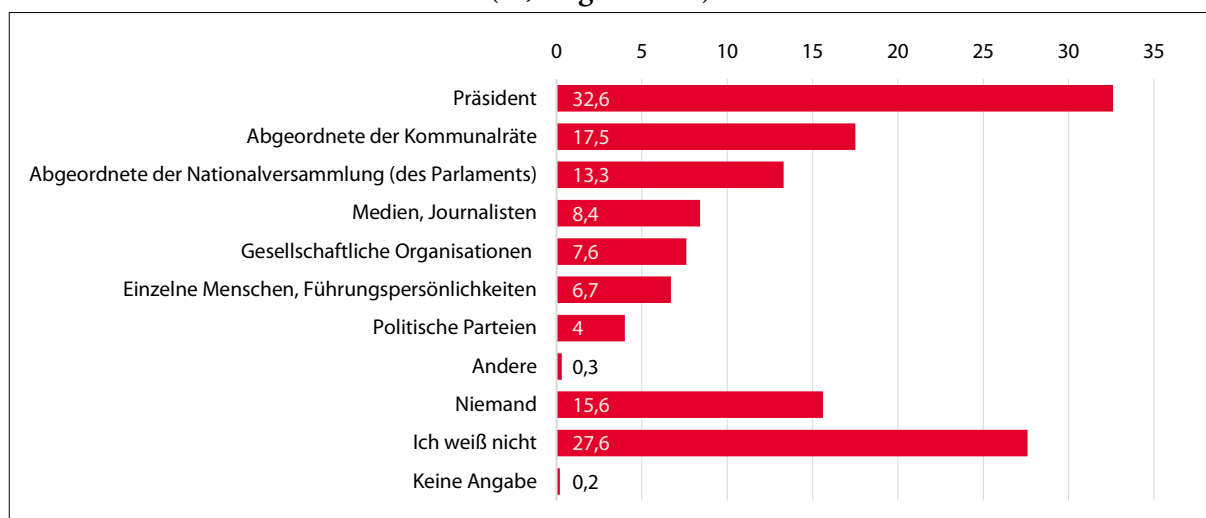
Quelle: *Sozialnaja basa program transformacij w Belarusi, Ottschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 70.* <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>

Grafik 2: Was ist für Sie wichtiger: Die Bewahrung der heutigen Situation im Land oder ihre Veränderung? (% , August 2016)



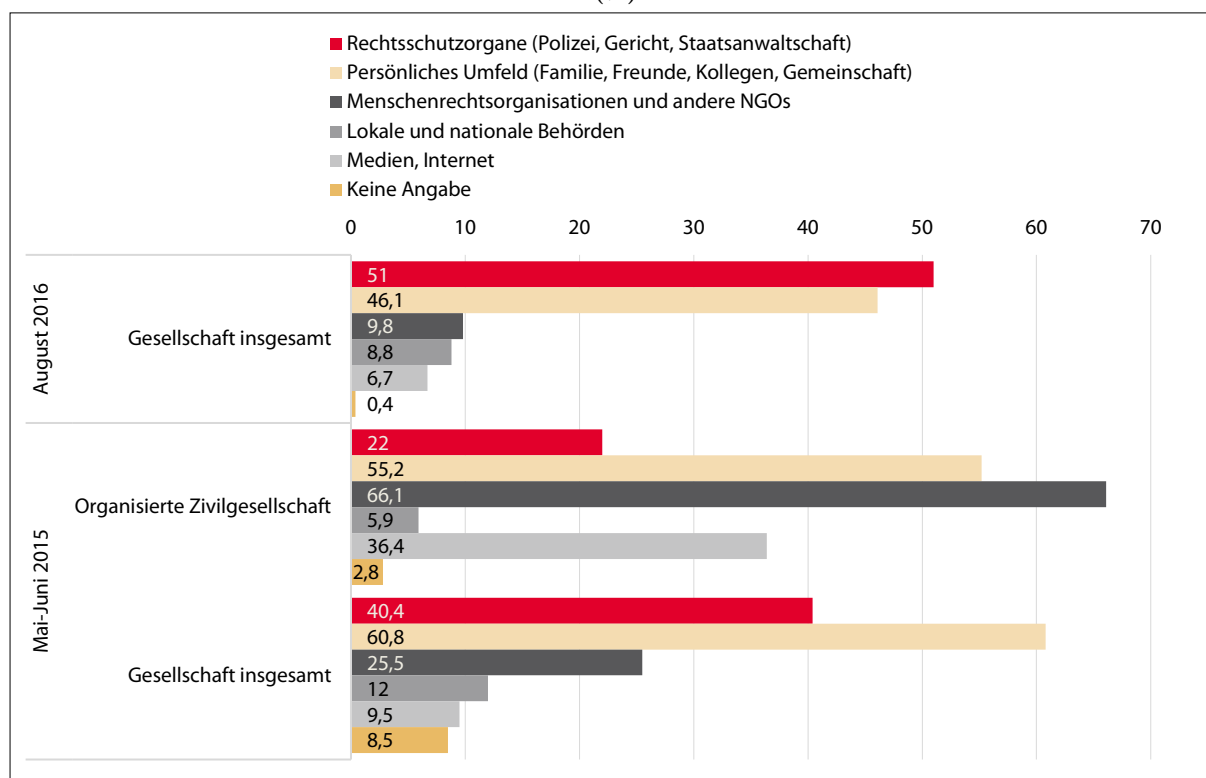
Quelle: Sozjalnaja basa programm transformazij w Belarusi, Ottschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 74, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>

Grafik 3: Was meinen Sie: Wer vertritt auf nationaler Ebene Ihre Interessen und die Interessen von Menschen wie Ihnen? (% , August 2016)



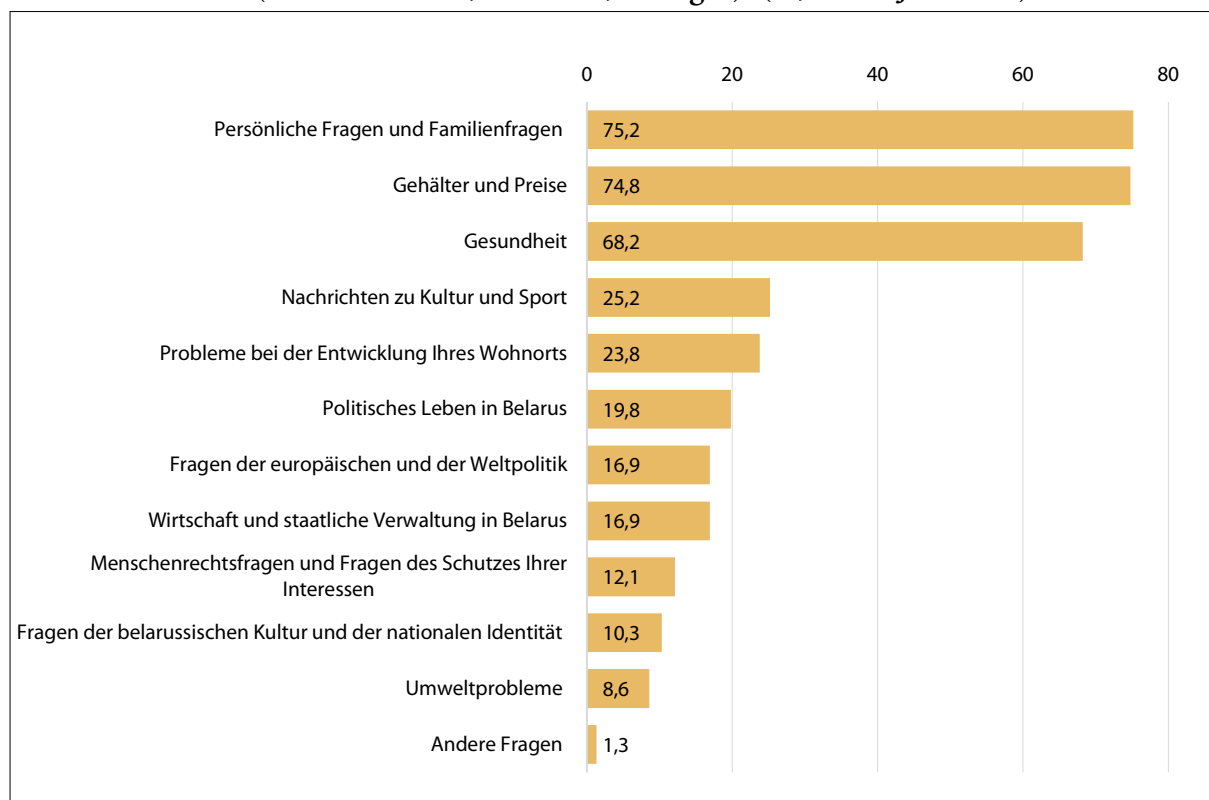
Quelle: *Sozialnaja basa program transformacij w Belarusi, Otschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 77, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 4: Falls Ihre politischen und bürgerlichen Rechte verletzt werden, bei wem würden Sie um Hilfe und Schutz nachsuchen? (%)



Quelle: *Sozialnaja basa program transformacij w Belarusi, Otschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 78, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>*; *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Otschet po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategitscheskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 85, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 5: Welche Themen und Probleme besprechen Sie am häufigsten in Ihrem persönlichen Umfeld (mit Verwandten, Freunden, Kollegen)? (% , Mai – Juni 2015)



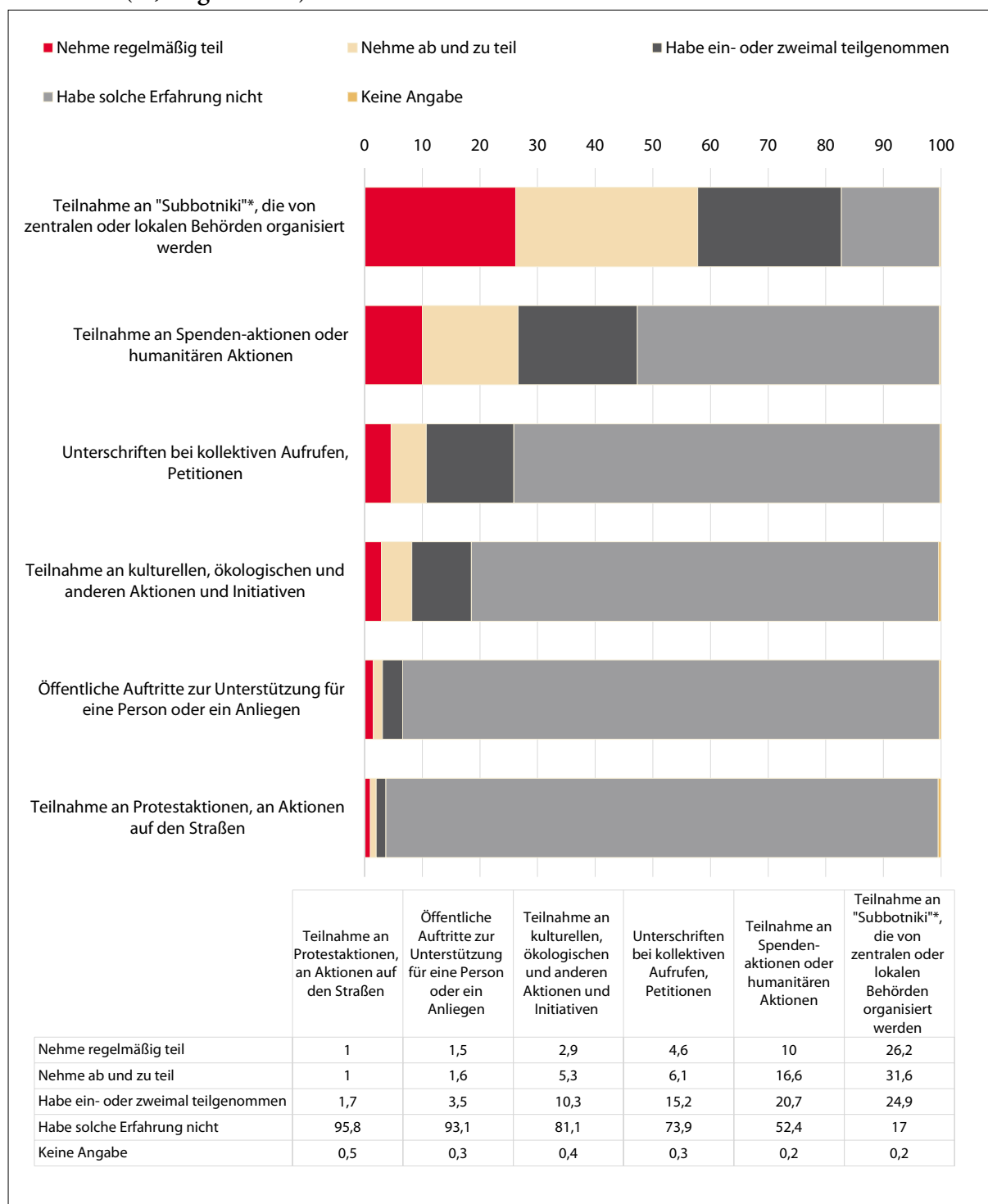
Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Otschet po rezultatam issledowanija, Zentr Ewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 85, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>

Tabelle 1: Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen von gesellschaftlichen Organisationen und Parteien (% , August 2016)

	Versammlung einer gesellschaftlichen Organisation, einer Eigentümergemeinschaft usw.	Versammlung einer Partei
Mehr als einmal pro Woche	0,7	0,1
Einmal pro Woche	0,6	0,3
Ein- bis zweimal pro Monat	0,9	0,7
Ein- bis zweimal pro Quartal	1,6	0,4
Ein- bis dreimal Mal pro Jahr	4,1	0,9
Weniger als einmal pro Jahr	7,9	3,2
Nur einmal vorgekommen	9,7	4,4
Nie vorgekommen	74,5	90,0

Quelle: Sozjalnaja basa programm transformazij w Belarusi, Otschet po rezultatam issledowanija, Zentr Ewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 83, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>

Grafik 6: Haben Sie die Erfahrung, an Solidaritätsaktionen teilgenommen zu haben?
(%, August 2016)



* *Subbotnik* (Russ. abgeleitet von »cyббoтa« (subbota), »Samstag«) ist ein in Sowjetrußland entstandener Begriff für einen unbezahlten Arbeitseinsatz am Samstag

Quelle: *Sozialnaja baza programm transformazij w Belarusi, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), 2017, S. 83, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2017_Innovation-Belarus-RU.pdf>*

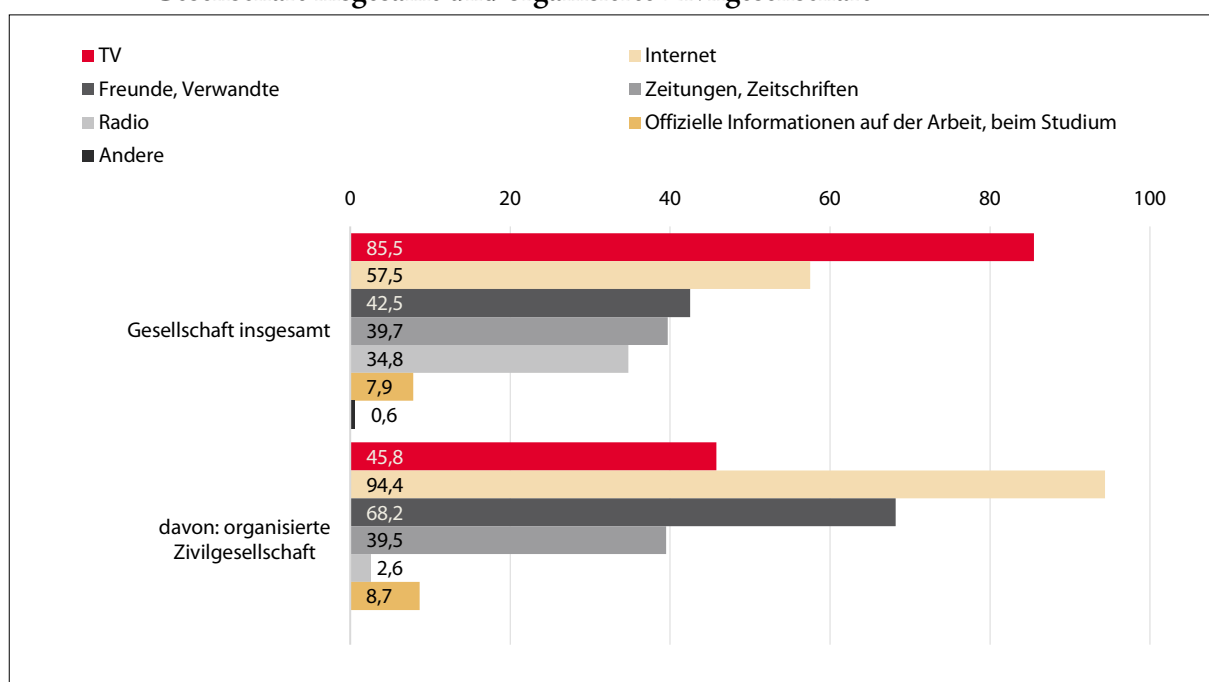
Tabelle 2: Erfahrung bei der Organisation eigener Initiativen (% , Mai – Juni 2015)

Haben Sie in Ihrem Leben...?		
	Organisierte Zivilgesellschaft	Gesellschaft insgesamt
Eine eigene Firma gegründet	30,1	8,8
Gesellschaftliche Organisationen gegründet	49,3	1,1
Eigene Projekte im gesellschaftlichen, politischen oder kulturellen Bereich initiiert	66,8	Diese Antwortmöglichkeit fehlte hier
An Aktivitäten gesellschaftlicher Organisationen teilgenommen	Die Antwortoption war nicht gegeben	12,9
An Aktivitäten informeller Gremien und Gemeinschaften teilgenommen	71	3,3
Politische Aktionen und Auftritte organisiert	30,8	Diese Antwortmöglichkeit fehlte hier
Auf mich trifft keine der Antworten zu	9,8	77,1

Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 13, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

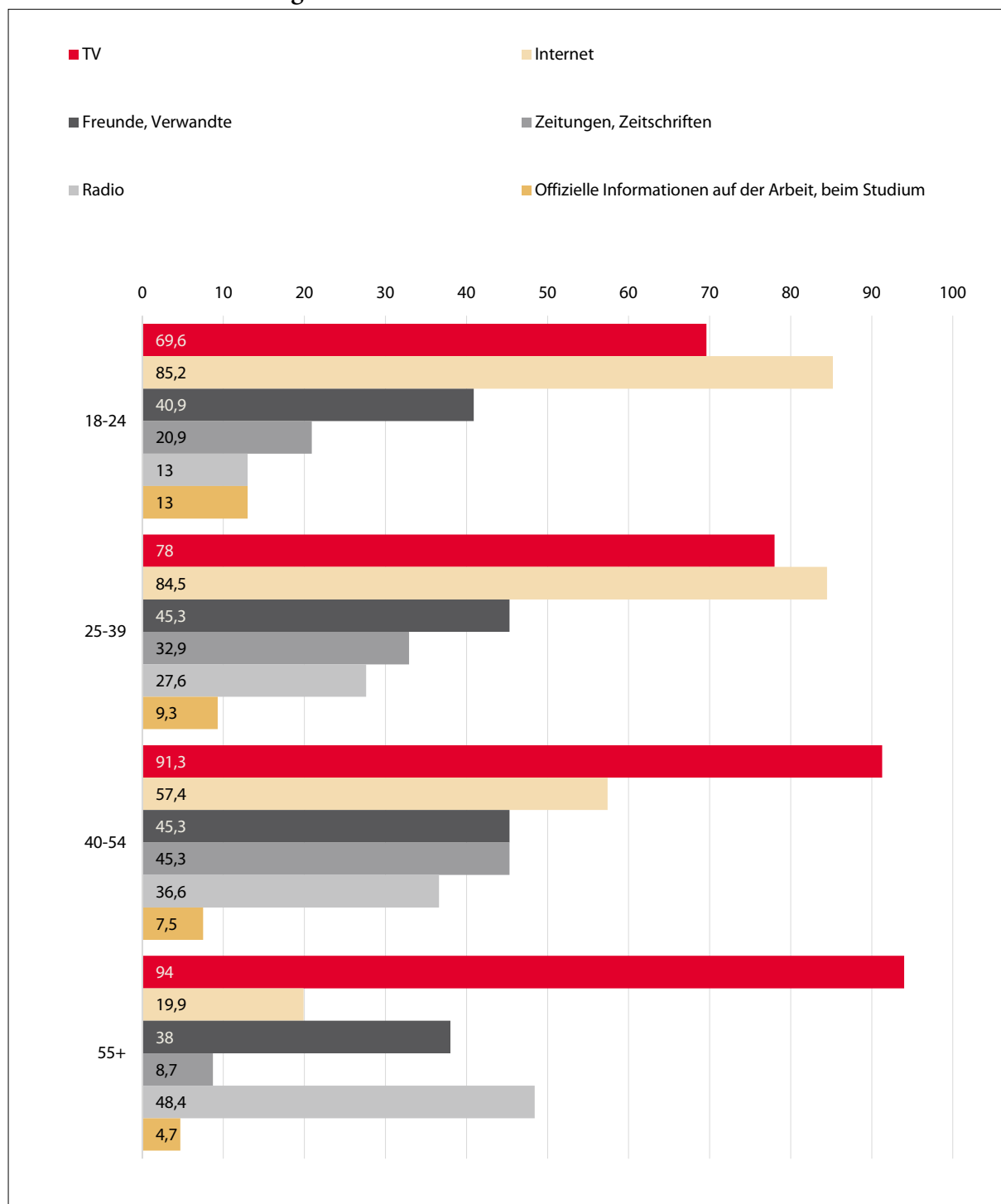
Internet und Soziale Medien in Belarus

Grafik 1a: Welche Quellen für Informationen über das Leben im Land nutzen Sie? (% , Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich)
Gesellschaft insgesamt und organisierte Zivilgesellschaft



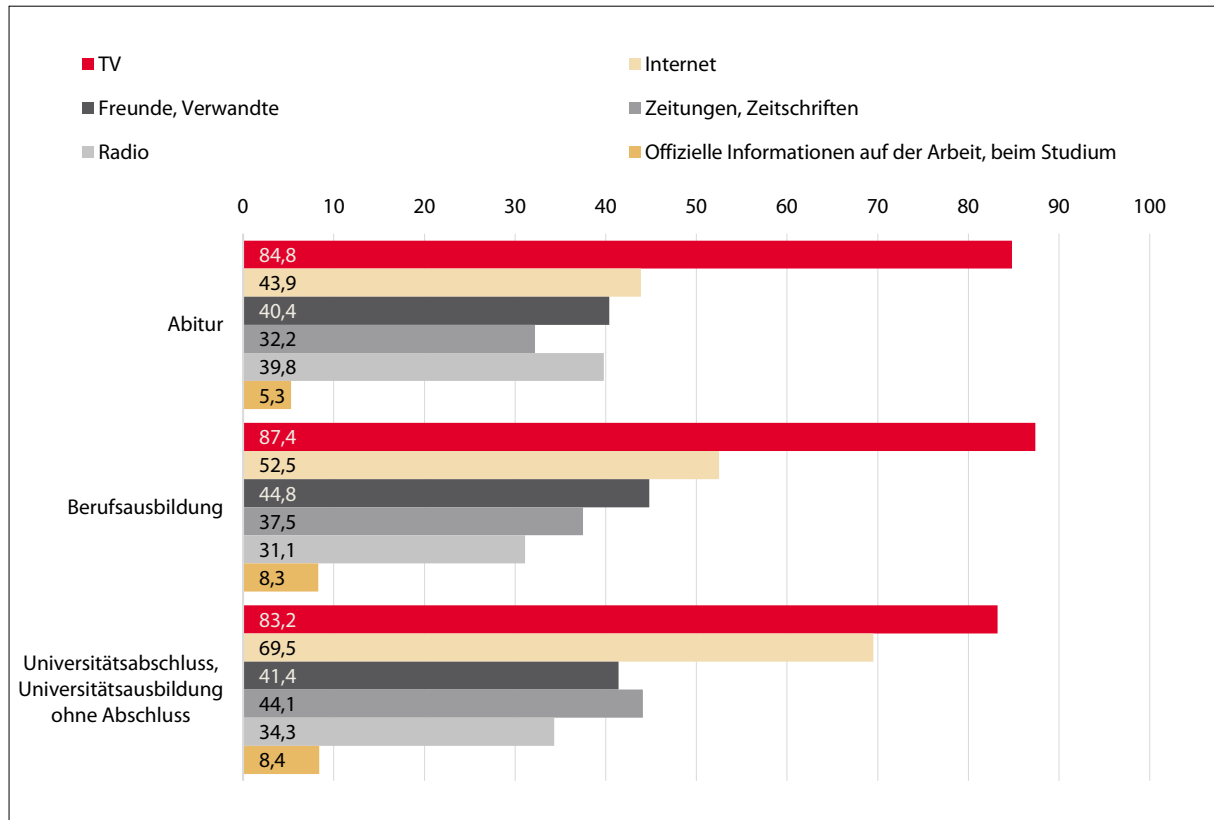
Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, 96, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 1b: Welche Quellen für Informationen über das Leben im Land nutzen Sie?
 (% , Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich)
 Gesellschaft insgesamt nach Alter



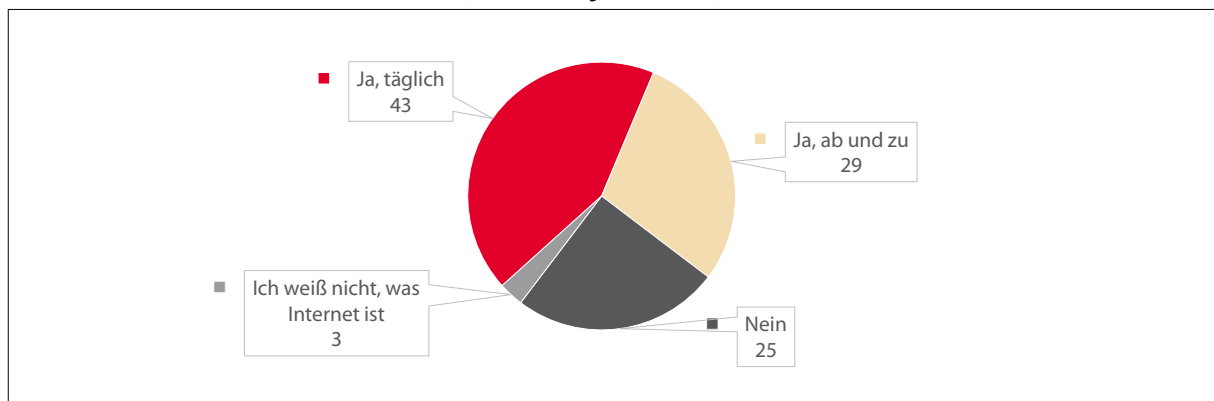
Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, 96, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 1c: Welche Quellen für Informationen über das Leben im Land nutzen Sie?
(%, Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich)
Gesellschaft insgesamt nach Ausbildung



Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, 96, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 2: Nutzen Sie das Internet? (% , Mai – Juni 2015)



Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Tabelle 1a: Nutzen Sie das Internet? (% , Mai – Juni 2015) (nach Alter)

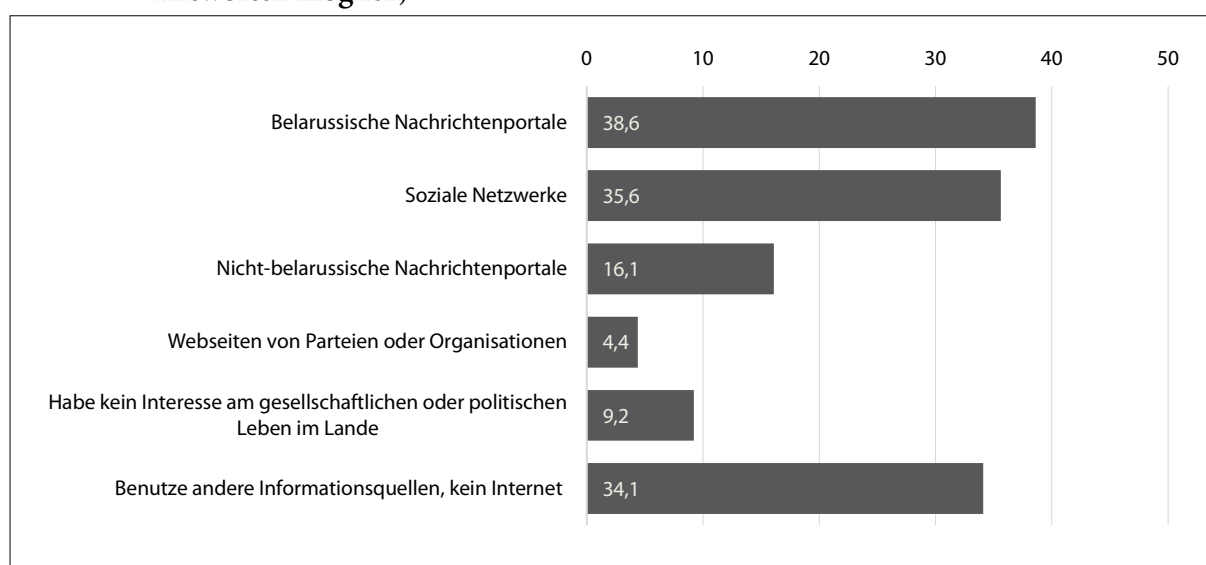
	18–24	25–39	40–54	55+
Ja, täglich	84,3	65,8	31,7	12,7
Ja, ab und zu	13,0	29,8	46,4	20,6
Nein	keine Angaben	keine Angaben	20,4	57,0
Ich weiß nicht, was Internet ist	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	9,8

Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategitscheskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Tabelle 1b: Nutzen Sie das Internet? (% , Mai – Juni 2015) (nach Ausbildung)

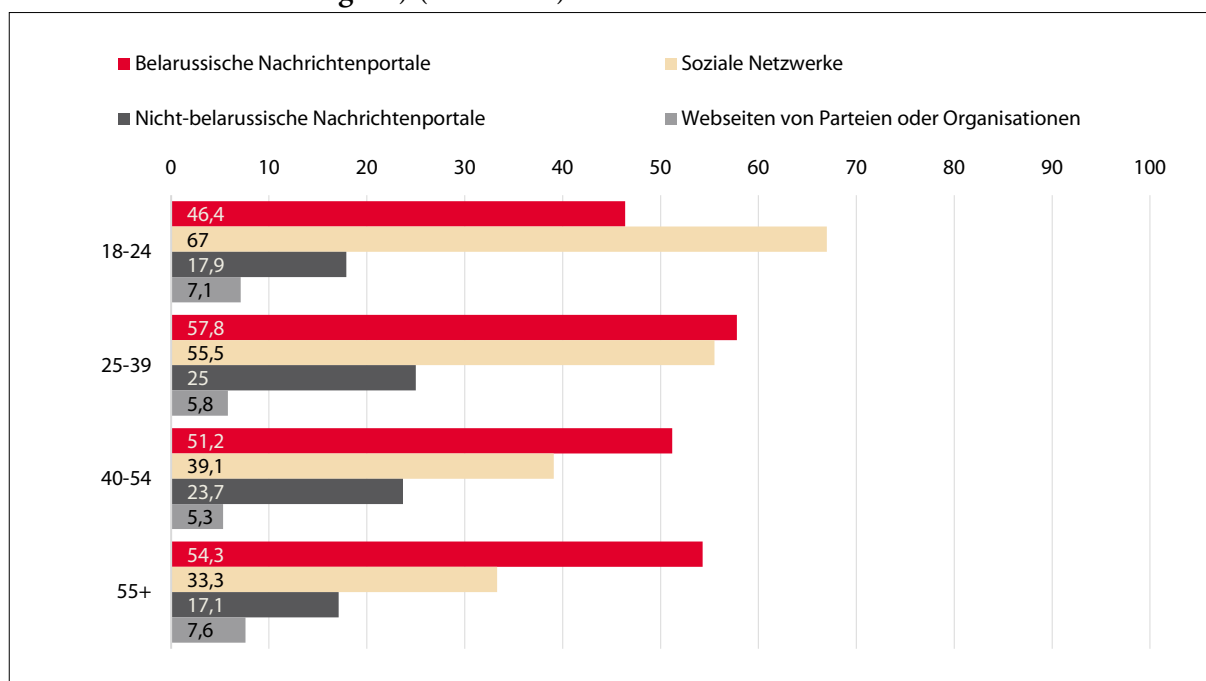
	Abitur	Berufsausbildung	Universitätsabschluss, Universitätsausbildung ohne Abschluss
Ja, täglich	27,5	34,6	57,0
Ja, ab und zu	30,4	33,0	27,3
Nein	36,8	8,7	14,5
Ich weiß nicht, was Internet ist	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben

Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategitscheskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 88, 90, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 3a: Welche Informationsquellen nutzen Sie im Internet am häufigsten, um das gesellschaftliche und politische Leben im Land zu verfolgen? (% , Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich)

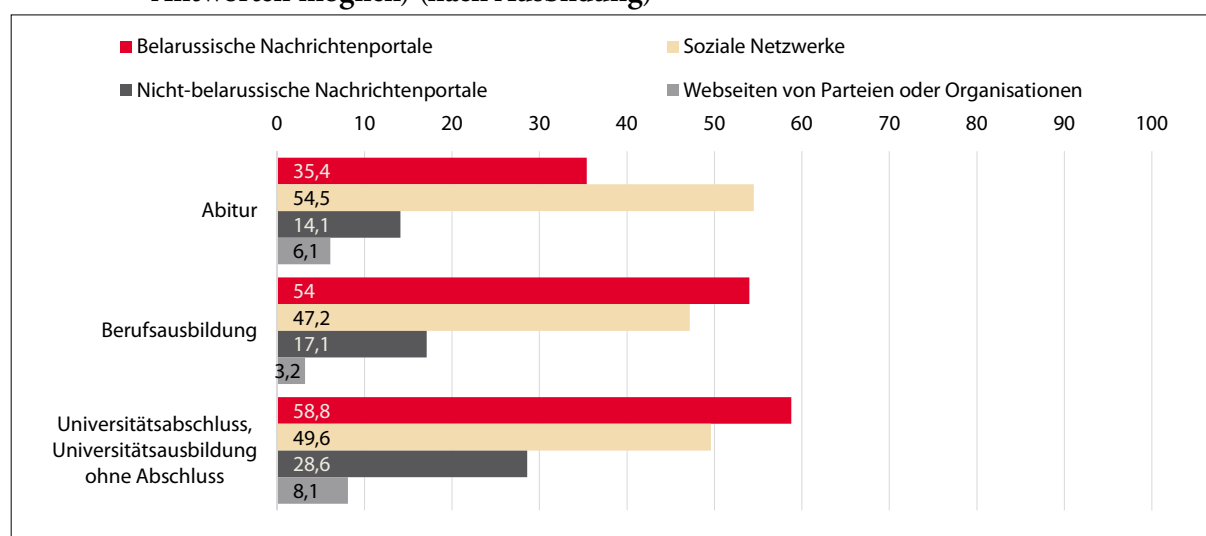
Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Ottshot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategitscheskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 89, 92, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 3b: Welche Informationsquellen nutzen Sie im Internet am häufigsten, um das gesellschaftliche und politische Leben im Land zu verfolgen? (% , Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich) (nach Alter)

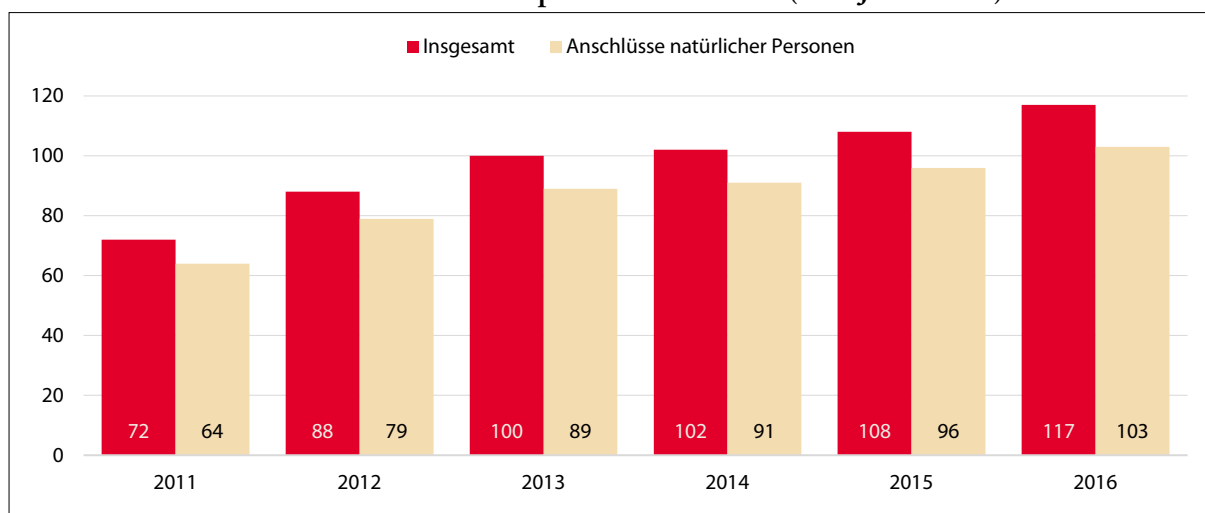


Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Otschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 89, 92, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

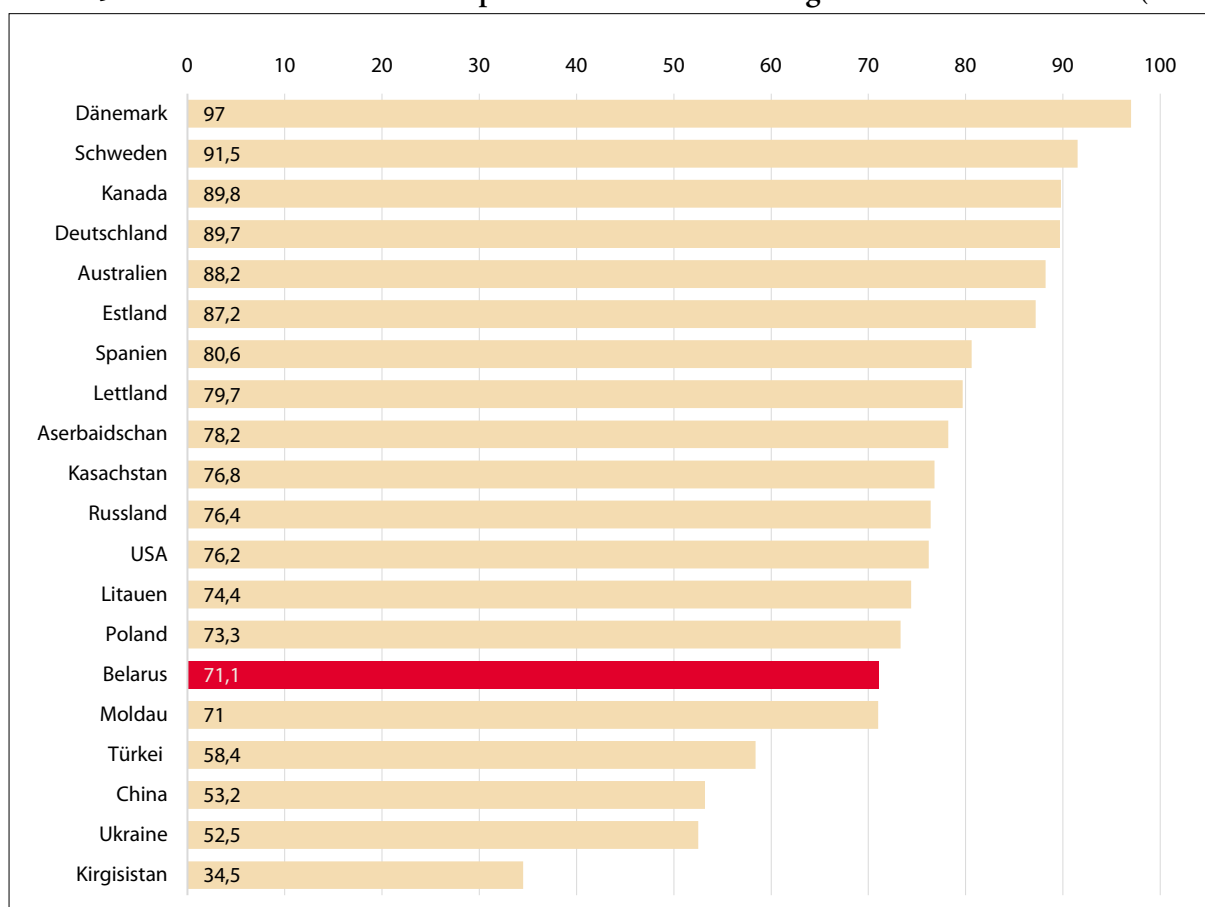
Grafik 3c: Welche Informationsquellen nutzen Sie im Internet am häufigsten, um das gesellschaftliche und politische Leben im Land zu verfolgen? (% , Mai – Juni 2015; mehrere Antworten möglich) (nach Ausbildung)



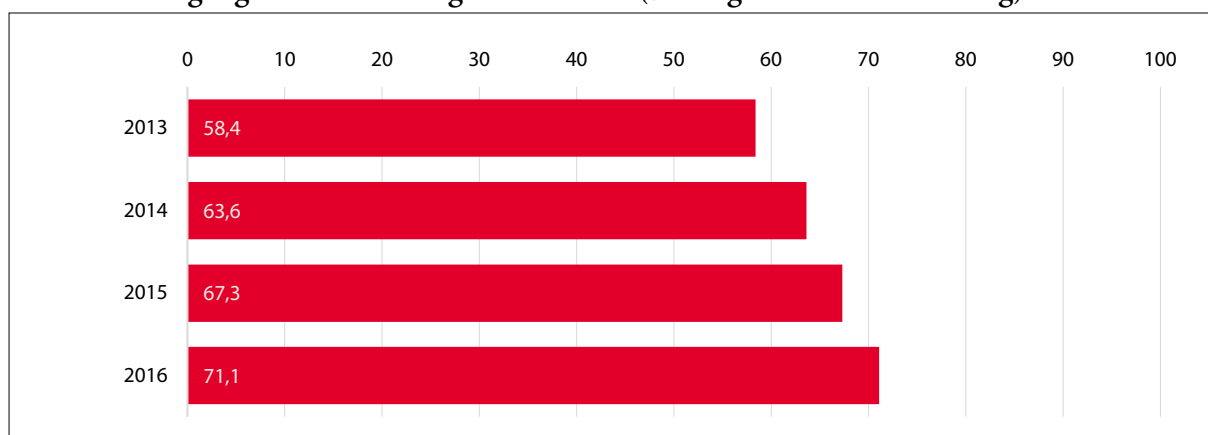
Quelle: *Potenzial solidarnosti w belarusskom obschtschestwe, Otschot po rezultatam issledowanija, Zentr Jewropejskoj Transformazii (CET), Belarusskij Institut Strategičeskich Issledowanij (BISS), 2015, S. 89, 92, <http://cet.eurobelarus.info/files/userfiles/5/CET/2015_Solidarity-National-Belarus-RU.pdf>*

Grafik 4: Anzahl der Internetanschlüsse pro 100 Einwohner (zum Jahresende)

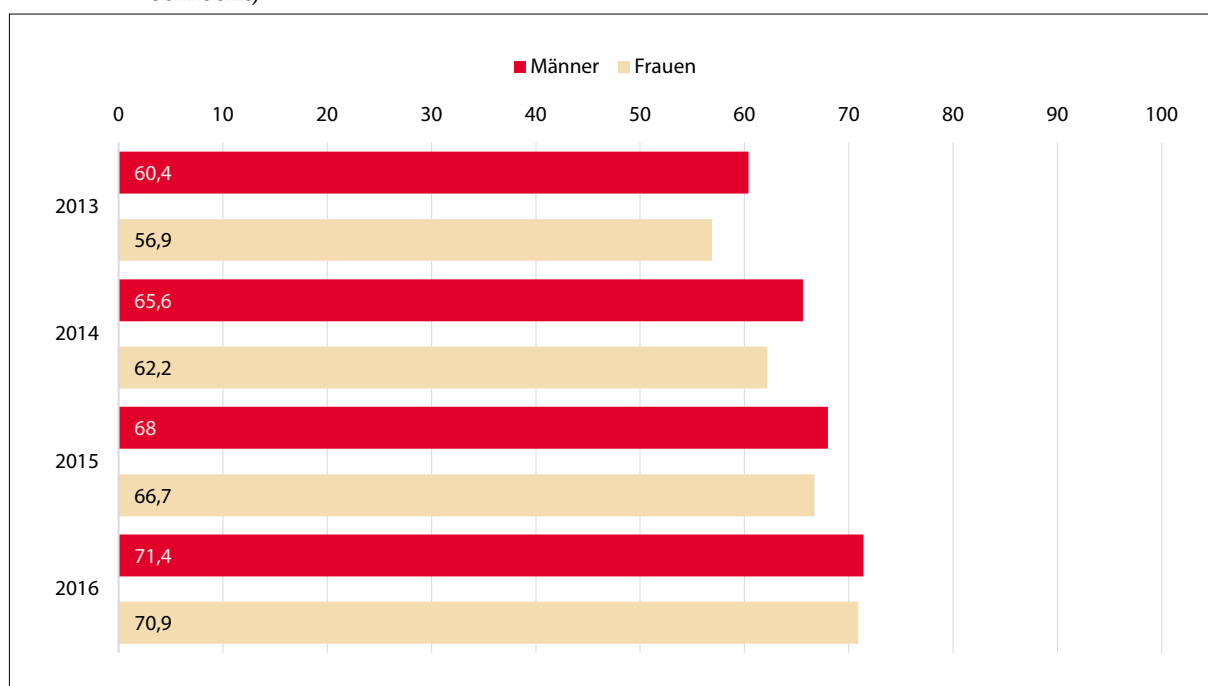
Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 56*, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>

Grafik 5: Anzahl der Internetnutzer pro 100 Einwohner im Vergleich mit anderen Staaten (2016)

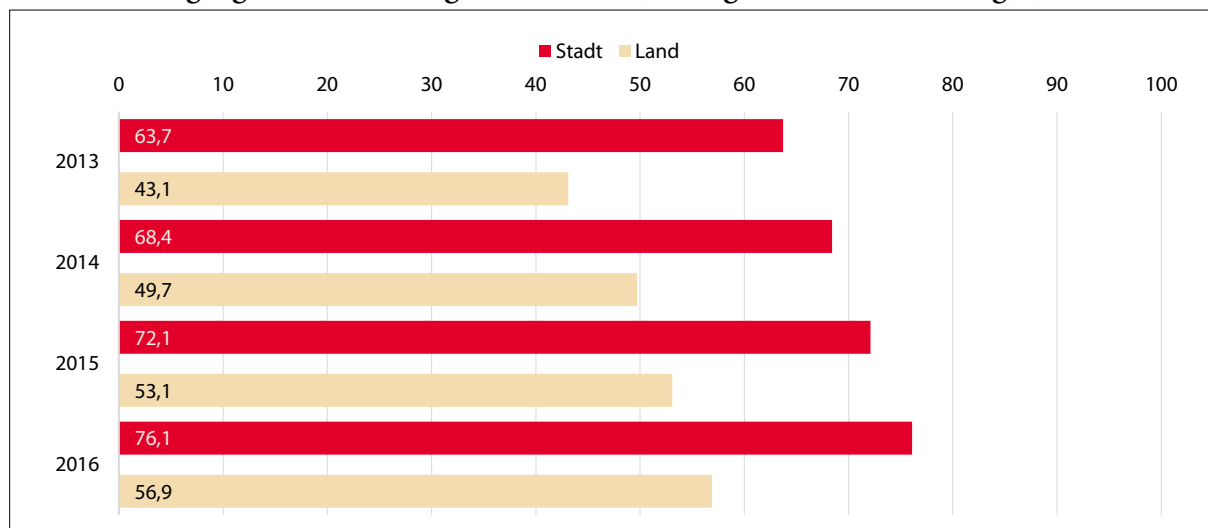
Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 98-99*, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>

Grafik 6a: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung)

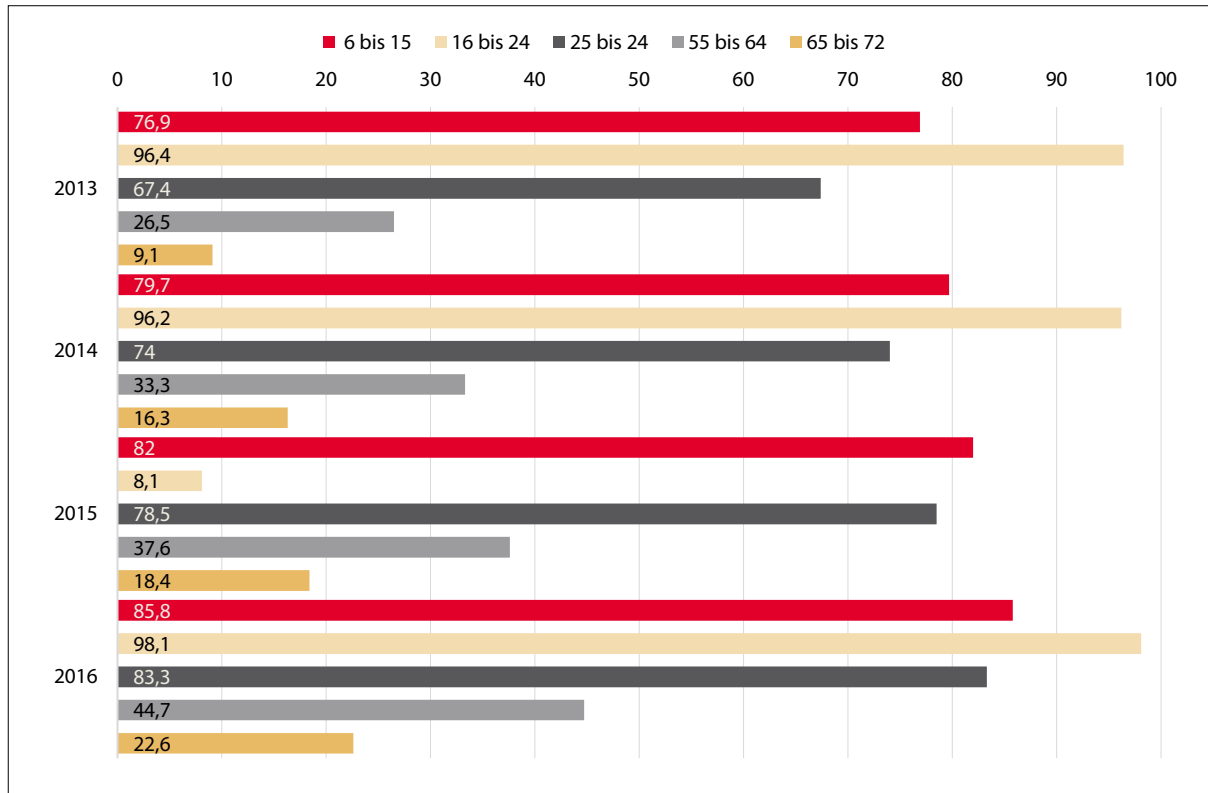
Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>*

Grafik 6b: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung) (nach Geschlecht)

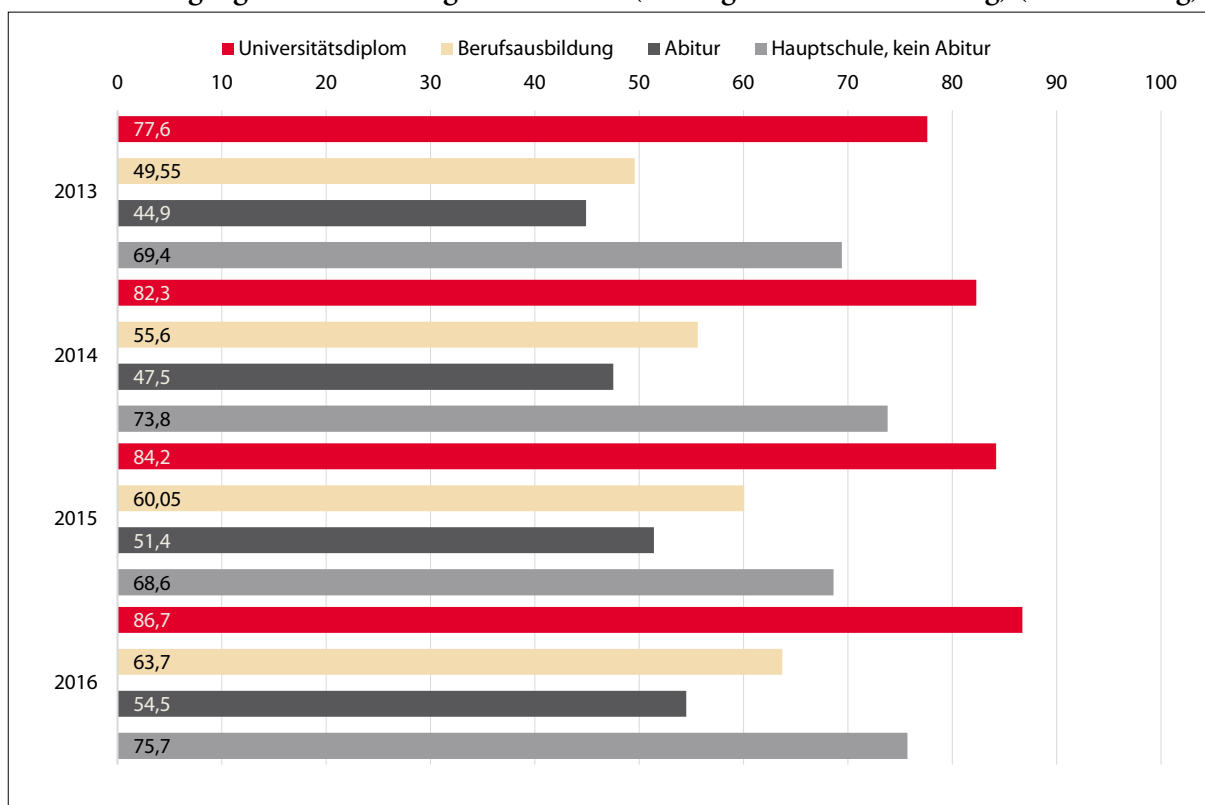
Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>*

Grafik 6c: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung) (nach Wohnort)

Quelle: Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, *Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017*, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>

Grafik 6d: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung) (nach Alter)

Quelle: Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, *Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017*, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>

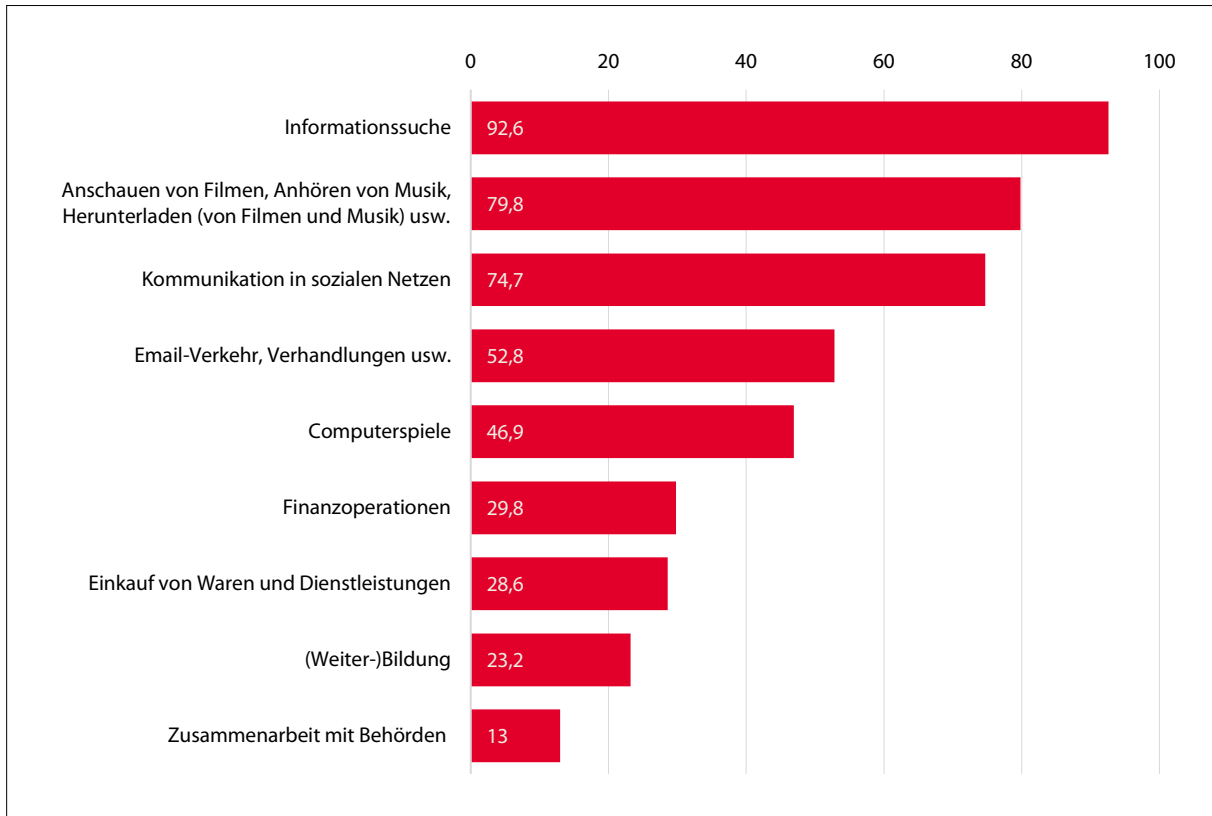
Grafik 6e: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung) (nach Bildung)

Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>*

Tabelle 2: Zugang der Bevölkerung zum Internet (% der gesamten Bevölkerung) (nach Region)

	Brest	Witsebsk	Homel	Hrodna	Minsk (Stadt)	Minsk	Mahileu
2013	56,6	57,4	54,6	60,9	67,4	53,9	55,6
2014	60,0	65,3	62,4	62,8	69,7	60,2	63,3
2015	63,8	67,1	66,5	64,5	76,4	63,2	66,0
2016	67,7	69,0	71,9	70,0	81,6	64,0	70,0

Quelle: *Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017, S. 75, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>*

Grafik 7: Internetnutzer in 2016 nach Zielen (% der gesamten Bevölkerung)

Quelle: Belarussisches Staatliches Komitee für Statistik, *Informazionnoje obschtschestwo w Respublike Belarus, 2017*, S. 79, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_7864/>

25. September – 5. November 2017

25.– 26.09.2017	Der Staatsminister für europäische und amerikanische Angelegenheiten des britischen Außenministeriums, Alan Duncan, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es handelt sich dabei um den ersten Besuch eines derart hochrangigen Beamten aus Großbritannien seit der Erklärung der Unabhängigkeit von Belarus. Es finden u. a. Begegnungen mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka sowie mit dem Außenminister Uladsimir Makej statt. Es beginne ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen zwischen Belarus und Großbritannien, so Duncan. Er führt auch Gespräche mit Leitern politischer Parteien, mit Vertretern von NGOs sowie mit Absolventen britischer Universitäten.
26.09.2017	Der Oppositionelle und ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalaj Statkewitsch wird von einem Minsker Gericht wegen seiner Teilnahme an der von den Behörden nicht genehmigten Kundgebung gegen das gemeinsame belarussisch-russische Militärmanöver »Westen 2017«, die am 8. September in Minsk stattfand, zu fünf Tagen Arrest verurteilt.
02.10.2017	Während der Annahme von Akkreditierungsschreiben der ausländischen Botschafter in Belarus erklärt Präsident Lukaschenka, eine konsequente und pragmatische Außenpolitik habe zu einer Normalisierung und Festigung der Beziehungen zu den westlichen Ländern geführt. Laut Lukaschenka habe sich Belarus erfolgreich als eine effektive Verhandlungsplattform etabliert und 2017 beispielsweise zwei wichtige internationale Foren ausgerichtet: das Treffen der Außenminister der Zentraleuropäischen Initiative und die Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
02.10.2017	Pawel Sewjarynez, Ko-Vorsitzender des Organisationskomitees für die Gründung der Partei »Belarussische Christliche Demokratie«, wird von einem Minsker Gericht wegen seiner Teilnahme an der von den Behörden nicht genehmigten Kundgebung gegen das gemeinsame belarussisch-russische Militärmanöver »Westen 2017«, die am 8. September in Minsk stattfand, zu 15 Tagen Arrest verurteilt.
03.10.2017	Die »Konservative Christliche Partei – Belarussische Volksfront« hält in Minsk eine von den Behörden genehmigte Kundgebung gegen das gemeinsame belarussisch-russische Militärmanöver »Westen 2017« ab. An der Kundgebung nehmen ca. 40 Personen teil.
03.– 05.10.2017	Eine Delegation unter Leitung des belarussischen stellvertretenden Außenministers, Aleh Krautschanka, hält sich zu einem offiziellen Besuch zur Durchführung einer turnusmäßigen Runde des Menschenrechtsdialogs in den USA auf. Es finden u. a. Begegnungen mit dem Vizepräsidenten der US-Handelskammer, Gary Litman, der Ministerialdirigentin (<i>Deputy Assistant Secretary</i>) im Außenministerium, Bridget Brink, dem Vorsitzenden des Helsinki-Ausschusses des Senats, Senator Roger Wicker, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses des US-Repräsentantenhauses für internationale Angelegenheiten, Eliot Engel, statt.
04.10.2017	In Minsk findet eine Sitzung der Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
05.10.2017	Der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und trifft sich mit seinem Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka. Dabei werden vor allem die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besprochen.
05.– 10.10.2017	In Belarus findet eine »Woche gegen die Todesstrafe« statt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe werden landesweit Filmaufführungen, Diskussionen und weitere Veranstaltungen durchgeführt.
09.10.2017	Die Europäische Union und der Europarat rufen Belarus in einer gemeinsamen Erklärung anlässlich des Internationalen Tages gegen die Todesstrafe, der am 10. Oktober begangen wird, erneut zur Einführung eines Moratoriums für die Todesstrafe auf.
10.– 11.10.2017	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt im russischen Sotschi am Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) teil. Am Rande des Gipfeltreffens führt der Präsident bilaterale Gespräche mit dem usbekischen Präsidenten, Schawkat Mirsejew.
18.10.2017	In Minsk tagt die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine.
21.10.2017	In Minsk findet eine von der Opposition organisierte Kundgebung gegen den »Schmarotzersteuer« und gegen die Willkür in der belarussischen Armee statt. Daran nehmen ca. 200 Personen teil.
24.10.2017	Die USA verlängern die Aussetzung der Sanktionen gegen neun belarussische Unternehmen um sechs Monate bis zum 30. April 2018. Die Sanktionen waren 2006 im Zusammenhang mit der Verletzung der Menschenrechte in Belarus eingeführt worden. Die Aussetzung war am 29. Oktober 2015 eingeführt und zuletzt im April 2017 verlängert worden.

25.– 27.10.2017	In der estnischen Hauptstadt Tallin findet die Jahreskonferenz des Zivilgesellschaftsforums der Östlichen Partnerschaft (EaP CSF) statt. Zum ersten Mal nehmen daran nicht nur Akteure der Zivilgesellschaft aus Belarus, sondern auch Vertreter des belarussischen Außenministeriums teil.
27.10.2017	Der Ministerpräsident von Belarus, Andrej Kabjakou, trifft sich in Luxemburg mit dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn. Das Treffen findet am Rande des Belarussisch-Europäischen Investitionsforums statt. Hahn kündigt die Bereitschaft der EU an, mit der Arbeit zur Ausarbeitung der wichtigsten Elemente eines umfassenden Kooperationsabkommens zwischen Belarus und der EU zu beginnen.
27.10.2017	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk.
27.10.– 04.11.2017	Präsident Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem Arbeitsbesuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Es finden u. a. Begegnungen mit Präsident Chalifa bin Zayid Al Nahyan, mit Vertretern der Wirtschaft sowie mit seinem ukrainischen Kollegen, Petro Poroschenko statt, der sich ebenfalls dienstlich in den Emiraten aufhält.
30.10.– 01.11.2017	In Kiew findet die 6. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Parlaments und der Östlichen Partnerschaft (Euronest) statt. Belarus wird von zwei oppositionellen Abgeordneten (Hanna Kanapazkaja und Alena Anisim) sowie von mehreren Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft vertreten (u. a. der Bewegung »Für die Freiheit«, der »Belarussische Sozialdemokratische Partei (Hramada)«, der belarussische Partei der Linken »Faire Welt«, der Bewegung »Sag die Wahrheit«, der »Vereinigten Bürgerpartei«, das Organisationskomitee der Partei »Belarussische Christliche Demokratie«).
02.11.2017	Andrea Wiktorin, Leiterin der EU-Vertretung in Belarus, erklärt während des Kastrjtschnitski-Wirtschaftsforums (KEF) in Minsk, die EU sehe keinen Grund für die Einführung von Sanktionen gegen belarussische Behörden und bleibe optimistisch hinsichtlich der Menschenrechtssituation in Belarus.
05.11.2017	Anlässlich des Totengedenktags »Dsjady« organisiert die »Belarussische Konservative Partei (BNF)« mit Genehmigung der Stadt Minsk einen Gedenkzug, der mit einer Kundgebung in Kurapaty endet. Ca. 270 Menschen nehmen an der Kundgebung teil. 1988 hatte der BNF-Gründer Sjanon Pasnjak erstmals die stalinistischen Massenerschießungen, die in den 1930er Jahre in Kurapaty stattfanden, öffentlich gemacht. Seitdem finden jährlich im November Veranstaltungen in Kurapaty statt.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>